

Leben heißt handeln

2.95 € · ISSN 1437-7543 · Nr. 137/2.2018

ROBIN WOOD

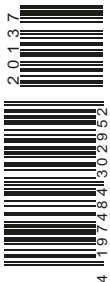
magazin

Wald ist mehr als Wirtschaft

CASTORALARM IN
HAMBURG

KEIN PLANET B
IM KOFFERRAUM

GERICHT ENTSCHIEDET
FÜR DEN URWALD



4

Es gibt keinen zweiten Planeten Erde!

Unterstützen Sie deshalb bitte unsere sieben
Verkehrswendepunkte auf Seite 17



Foto: Jürgen Mumme



Sitzen statt parken: die Redaktion auf den neuen Parklets in Berlin in der Bergmannstraße

Liebe Leserinnen und Leser!

unser Wald steht unter Druck. Statt auf stabilen Laubmischwald zu setzen, möchte die Holzlobby wieder auf lukrativen Stangenwald aus Fichte umsteigen: Mit dem Argument, dass der Wald dadurch mehr Kohlenstoff aus der Luft aufnehmen würde. Weil es dabei aber mal wieder ausschließlich um Profite geht, schlagen jetzt renommierte Wissenschaftler und Forstwirte Alarm. Mehr dazu lesen Sie im Beitrag ab Seite 20 „**Wald ist mehr als Wirtschaft**“ von unserem Waldreferenten Jannis Pfendtner. ROBIN WOOD wird an dem Thema dran bleiben.

In dieser Ausgabe können wir von einem großen Erfolg berichten: Nachdem Umweltschützer*innen mit spektakulären Aktionen die Öffentlichkeit informiert hatten, dass in Polen der letzte Tieflandurwald gefällt wird, ist der Europäische Gerichtshof aktiv geworden. Er hat den gesteigerten Holzeinschlag im polnischen Urwald in Bialowieza als Verstoß gegen europäisches Recht gewertet. Die polnische Regierung hat zugesagt, das Urteil zu akzeptieren. Mehr dazu lesen Sie auf Seite 23.

Für den Wald und den Erhalt unserer Lebensgrundlagen kämpfen auch die Aktivist*innen im Hambacher Forst und im Treburer Oberwald. Die einen wollen verhindern, dass weiter Braunkohle abgebaut und damit unser Klima verheizt wird. Der Treburer Wald soll fallen, um Platz für einen weiteren

Autobahnzubringer für den Frankfurter Flughafen zu schaffen. Unter dem Motto „**Wald statt Wachstum**“ erfahren Sie mehr zum Widerstand im Wald ab Seite 12.

Wir brauchen eine **Mobilitätswende zum Schutz von Klima, Umwelt und Gesundheit**. Aber die neue alte Regierung will die Verkehrswende weiter verschieben. Nach kurzer Diskussion sind Fahrverbote für schmutzige Diesel und ein kostenloser öffentlicher Nahverkehr vom Tisch. Dabei ist Verkehr die größte klimapolitische Herausforderung in Deutschland, seine Treibhausgas-Emissionen sind seit 1990 sogar noch gestiegen! Es ist also höchste Zeit gegenzusteuern, denn: There is no Planet B – Es gibt keinen zweiten Planeten Erde! Statt Verkehrswachstum brauchen wir die Mobilitätswende. Denn mehr Verkehr bringt nicht mehr Lebensqualität. Was wir Bürger*innen schon lange wissen, muss endlich in der Politik ankommen. Wie der Weg zu einer besseren Mobilität aussehen könnte, lesen Sie in diesem Heft ab Seite 16.

Bleiben Sie aktiv! Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen für die Magazin-Redaktion
Ihre

Christiane Weitzel



Foto: Jérôme Gerull

Seite 6

tatorte 

- 6 Urantransporte: bundesweiter Streckenaktionstag
- 7 Leipzig: Raus aus der Kohle!
- 8 Leipzig: Uns stinkt's, Fahrverbote jetzt!
- 9 ROBIN WOOD: Aktiv für die Umwelt
- 10 Stuttgart: „Unfähig einen Bahnhof zu bauen“

 **verkehr**

- Trebur: Wald statt Wachstum 12
- Billigflieger, Klimaschutz und Terminal 3 14
- There ist no Planet B: Punkten für die Verkehrswende 16



Seite 12

Foto: Rudi Hechler



Seite 18

Foto: Andreas Hermsdorf/pixeljo.de

wald 

- 18 Wald ist mehr als Wirtschaft
- 21 Erfolg für Bialowieza: Europäischer Gerichtshof erklärt Raubbau im Urwald für illegal
- 22 FARN: Der Wald und das Volk
- 25 MüllBERG bei BackWERK?



Seite 26

Foto: Jim Wickens/Ecostorm via Mighty Earth

tropenwald 

26 Soja – So nicht! Kein Tropenwald im Futtertrog

 energie

- Wie in Gallien: Aufstand zweier Dörfer 32
- Großbritannien: Anti-Kohle Widerstand 35
- Französisches Atommülllager: Die Bruchlinien von Cigéo 36

Seite 32



Foto: BUND Sachsen e.V.



Seite 39

internes 

- 39 ROBIN WOOD-Shop
- 42 Vermächtnisse für die Umwelt
- 43 Impressum
- 44 FörderInnen-Forum: Umlage für den ÖPV
- 45 Tour de Natur 2018
- 46 Floßtour gegen Tierproduktion

filme 

- 40 Das grüne Gold
- 41 Bücher: ... und am Dornbusch fällt ein Schuss
S21: abgrundtief und bodenlos



Foto: Jérôme Gerull

Atomkraftgegner*innen machten beim Streckenaktionstag in Hamburg mit einem Straßentheater auf die Gefahren der Urantransporte spektakulär aufmerksam

Streckenaktionstag: Unfall mit Urantransport

Hamburg bis Trier, 24. Februar 2018: Am bundesweiten Streckenaktionstag gegen Urantransporte wurde von Hamburg bis Trier an acht verschiedenen Orten protestiert und darauf aufmerksam gemacht, dass hier regelmäßig Uranerzkonzentrat, auch „Yellow Cake“ genannt, transportiert wird. Das Urankonzentrat wird für die Herstellung von Brennelementen benötigt. Es stammt aus Namibia, wo dessen Abbau schwerwiegende Umweltzerstörungen und Menschenrechtsverletzungen zur Folge hat. Per Schiff wird es nach Hamburg befördert und von dort mit dem Zug zur Uranfabrik ins französische Narbonne transportiert. Der Streckenaktionstag sollte auf die Gefahren der Transporte aufmerksam machen.

Es kann jederzeit zu Unfällen kommen, bei denen die Container beschädigt werden und das Uranerzkonzentrat austreten könnte. ROBIN WOOD fordert einen Stopp der Atomtransporte, die Sperrung der Häfen für Atomfrachter und die weltweite und sofortige Stilllegung aller Atomanlagen.

In Hamburg-Wilhelmsburg stellten am Streckenaktionstag ROBIN WOOD-Aktivist*innen einen Urantransport der Hamburger Reederei MACS nach. Die Aktiven, die den „Urancontainer“ transportierten, trugen „Strahlenschutzanzüge“ und Gasmasken und maßen mit einem selbstgebauten „Geigerzähler“ die vermeintliche Radioaktivität. Das Uranerzkonzentrat wurde mit gelbem Pulver (umweltfreundliches Micro-Konfetti) symbolisiert. Der Urancontainer aus Pappe wies einige Löcher auf, so dass sich das gelbe Pulver auf dem Bürgersteig

verteilte. Auf der Brücke beim Harburger Bahnhof, unter der durchschnittlich alle zwei Tage ein Atomtransport durchfährt, hielten die Aktiven ein strahlendes Kaffeekränzchen ab. Mit Gasmasken und Kaffeetasse verdeutlichten sie spielerisch die vermeintliche Normalität der Atomtransporte, von denen die Öffentlichkeit oftmals nichts erfährt. Die ROBIN WOOD-Aktiven verteilten während des Straßentheaters Flyer über Urantransporte und informierten so die Passant*innen über dieses wichtige Thema.

Der „Urantransport“ führte die Aktiven zur Umweltbehörde, wo sie einen offenen Brief an den Hamburger Umweltsenator Jens Kerstan (Bündnis 90/Die Grünen) einwarfen. In diesem fordern sie die Grünen zu einem Gespräch über die Fragen auf, was die seit 2015 an der Regierung beteiligte Partei gegen Atomtransporte unternommen hat und wie sie weiter gegen diese vorgehen will. Vor Jahren wurde bereits im Koalitionsvertrag festgehalten, dass auf die Hafengebiete eingewirkt werden soll, die Atomtransporte einzustellen. Geschehen ist jedoch offenbar nichts.

Dazu fordert ROBIN WOOD ein Hinwirken der Grünen auf die Rücknahme der Strafanträge gegen zwei Aktivistinnen, die mit einem Banner an der Landesgeschäftsstelle im April 2017 gegen Urantransporte protestiert haben. Eine Antwort auf den offenen Brief gab es bis Redaktionsschluss nicht.

Stina Harbeck, Hamburg

Raus aus der Kohle!

Leipzig, 2. Februar 2018: In der Leipziger Innenstadt protestieren Aktive von ROBIN WOOD und der Gruppe LEKLIMA gegen die Verstromung von Braunkohle. Kletternde spannten ein Banner mit der Aufschrift „Raus aus der Kohle – Wälder schützen! #HambacherForstBleibt – Zwangsumsiedlung verhindern! #Pödelwitz“ zwischen Bäumen an der Straßenbahnstation Wilhelm-Leuschner-Platz.

Die Aktivist*innen verteilten Flyer und kamen ins Gespräch mit Passant*innen. Sie forderten, die Braunkohle in den deutschen Revieren zum Schutz von Klima, Natur und Anwohner*innen im Boden zu lassen. Als klimabewusste Stadt müsse die Leipziger Verwaltung und die Stadtwerke entschiedener gegen die klimaschädigende Braunkohle vorgehen und Alternativen stärken.

Kohlestrom ist nicht nur die klimaschädlichste Form der Energieerzeugung, sondern hat verheerende Folgen für Natur und Anwohner*innen. So soll der Jahrtausende alte Hambacher Forst zwischen Köln und Aachen, der Heimat für mehrere vom Aussterben bedrohte Arten ist, der darun-

terliegenden Kohle geopfert werden. Aktivist*innen halten einen Teil des Waldes seit Jahren besetzt, um ihn zu schützen. Auch in dem 700 Jahre alten Dorf Pödelwitz, südlich von Leipzig, soll Kohle abgebaggert werden. Dafür will die LEAG das Dorf zwangsumsiedeln und den Menschen ihr Zuhause nehmen. Die Kohle geht in das – ebenfalls im Leipziger Süden liegende – Kraftwerk Lippendorf, das 2013 auf Platz drei der gesundheitsschädlichsten Kraftwerke in Deutschland landete. Einer Greenpeace-Studie zufolge sorgt es jährlich für über 200 vorzeitige Tode sowie über 2.000 verlorene Lebensjahre.

Der Klimawandel ist schon jetzt in vollem Gange. Bei der Frage, ob wir es schaffen, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, geht es für viele Menschen weltweit um Leben oder Tod. Industrieländer wie Deutschland sind in der Verantwortung jetzt schnell zu handeln. „Der Kohleausstieg muss sofort beginnen und entschieden umgesetzt werden,“ so die Aktivist*innen. „Wir brauchen ein anderes Energiesystem und müssen unseren Energieverbrauch drastisch reduzieren. Die Zeit der Kohle ist abgelaufen – ihr dürfen kein weiterer Baum und kein weiteres Dorf zum Opfer fallen.“



*In der Innenstadt von Leipzig spannten Aktivist*innen ein Transparent und forderten, dass kein weiterer Baum und kein weiteres Dorf der Kohle mehr zum Opfer fallen dürfe*



Fotos: ROBIN WOOD/Jonathan Schultz

Vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig: Fahrverbote statt Dieselfgifte!

Uns stinkt's: Fahrverbote jetzt

Leipzig, 22. Februar 2018: ROBIN WOOD-Aktivist*innen demonstrierten vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig für Fahrverbote. Das Gericht entschied in letzter Instanz über die Rechtmäßigkeit von Fahrverboten. Geklagt hat die Deutsche Umwelthilfe. Beklagte sind die Städte Düsseldorf und Stuttgart. Die Aktiven von ROBIN WOOD aus Stuttgart und Leipzig setzten bei ihrer Aktion im Rahmen einer Kundgebung auf dem Platz vor dem Gericht mehrere Cubes ein. Auf den mit Luft gefüllten, silbernen Riesenwürfeln stand „FAHRVERBOT“.

„Uns stinkt's gewaltig. In Stuttgart, Düsseldorf und Dutzenden anderer Städte wird seit Jahren Rechtsbruch begangen, indem die Politik untätig bleibt, obwohl die ohnehin eher laschen Grenzwerte für Luftschadstoffe überschritten werden. Die Politik hat die Pflicht, die Bevölkerung vor dem Diesel zu schützen!“, so die Aktiven. „Offenbar brauchen die Regierenden Druck durch die Gerichte, damit sie sich von der starken Autolobby nicht am Gängelband führen lassen“. Aus Sicht von ROBIN WOOD ist – über Fahrverbote gegen die Dieslabgasgif-

te Feinstaub und Stickstoffdioxid hinaus – ein Gesamtkonzept zur Senkung der Emissionen aller relevanten Luftschadstoffe in Ballungsräumen wie Stuttgart notwendig – nicht nur bei austauscharmen Wetterlagen und nicht nur für Brennpunkte wie das Stuttgarter Neckartor. Dies wird ohne eine grundlegende Verkehrswende mit deutlich weniger Kfz-Verkehr nicht gehen. ROBIN WOOD fordert daher eine drastische Reduzierung des individuellen PKW-Verkehrs, einen ticketlosen und deutlich günstigeren öffentlichen Nahverkehr und bessere Bedingungen für Radfahrer*innen.

Stuttgart ist die deutsche Feinstaub-Hauptstadt. Umweltaktivist*innen setzten die Riesenwürfel dort bereits mehrfach auf der innerstädtischen Hauptverkehrsschneise ein, um die Autoflut zu stoppen und so der Forderung nach Fahrverboten praktisch Nachdruck zu verleihen.

Das Bundesverwaltungsgericht urteilte am 27. Februar 2018, dass Fahrverbote rechtlich zulässig seien.

Aktiv für die Umwelt



Leipzig, 22. Februar 2018

Foto: Jonathan Schultz



Stuttgart, 21. April 2018

Foto: Jens Volle



Foto: Peter Illert

Stuttgart, 22. Januar 2018



Hamburg, 24. April 2018

Foto: Jérôme Gerull

Die Aktiven von ROBIN WOOD setzen sich unter großem persönlichen Einsatz für den Klimaschutz, eine bessere Mobilität, für Energie mit Zukunft und den Schutz der Wälder weltweit ein

Aktiv werden? – ROBIN WOOD im Überblick

Darum geht's: Mit kreativen Aktionen und klaren Forderungen mischt sich ROBIN WOOD öffentlichkeitswirksam in politische Debatten ein und streitet für eine umweltverträgliche und sozial gerechte Gesellschaft. Die Kampagnen-Schwerpunkte von ROBIN WOOD liegen in den Bereichen Wald, Tropenwald, Klima, Energie und Mobilität.

Organisation: Bundesweit organisieren sich ROBIN WOOD-Aktive in zahlreichen Regionalgruppen – siehe auch robinwood.de/Regionalgruppen: An Orten, an denen keine Gruppen bestehen, sind Neugründungen möglich. Die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg unterstützt die lokalen Gruppen bei fachlichen Fragen, Recherche, Aktionsvorbereitung und

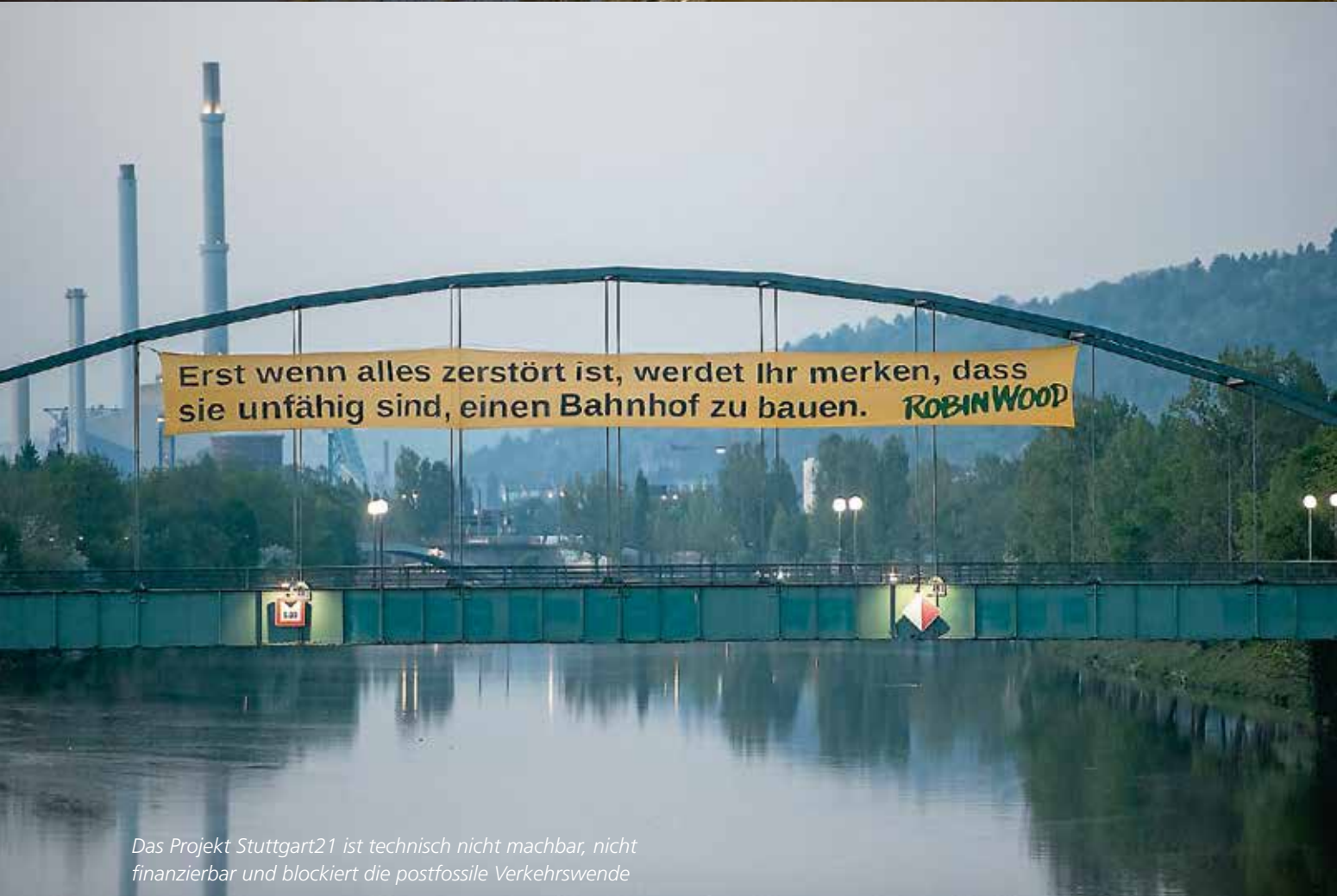
Pressearbeit und übernimmt Verwaltungsaufgaben. Über die wichtigen Anliegen des Vereins entscheiden die ehrenamtlich Aktiven basisdemokratisch.

Die themenspezifische Arbeit erfolgt überregional, unterstützt durch hauptamtliche Kräfte in Fachgruppen. Ziele, Inhalte und Forderungen der Aktivitäten im Fachgebiet werden dort diskutiert und im Konsens beschlossen.

Weitere Informationen über ROBIN WOOD gibt es im Internet unter robinwood.de. Kontakt: ROBIN WOOD-Bundesgeschäftsstelle, Bremer Str. 3, 21073 Hamburg, 040 3808920 info@robinwood.de



Fotos: ROBIN WOOD/Jens Volle



Das Projekt Stuttgart21 ist technisch nicht machbar, nicht finanzierbar und blockiert die postfossile Verkehrswende

„Unfähig, einen Bahnhof zu bauen“

Stuttgart, 21. April 2018: „Erst wenn alles zerstört ist, werdet Ihr merken, dass sie unfähig sind, einen Bahnhof zu bauen“ – ein großes Banner mit dieser Aufschrift prangte aus Protest gegen S21 an der Brücke „Berger Steg“ in Stuttgart. Aufgehängt hatten es dort Kletternde von ROBIN WOOD, die mit dieser Kunstperformance in Anspielung an die Weissagung der Cree einen öffentlichen Denkanstoß geben wollten. Die Brücke liegt in Sichtweite des „Cannstatter Wasen“, auf dem zeitgleich das Stuttgarter Frühlingsfest begann, zu dem Jahr für Jahr über eine Million Besucher*innen kommen.

ROBIN WOOD kritisiert das S21-Projekt als milliardenschwere, verkehrspolitische Fehlplanung und fordert den sofortigen Baustopp sowie die Realisierung des Umstieg-Konzepts. Stuttgart 21 wird als Bahnhof niemals funktionieren. Das Projekt ist technisch nicht machbar, nicht finanzierbar und blockiert die postfossile Verkehrswende.

Triftige Gründe sprechen gegen S21:

- **Die sich vervielfachenden und nicht gedeckten Kosten**
Zehn Milliarden Euro soll S21 laut Bundesrechnungshof inzwischen kosten. Die Deutsche Bahn AG ist ein bundeseigenes Unternehmen. Auch wenn die Deutsche Bahn gegen Bund, Land und Stadt klagt, wird S21 letztlich aus öffentlicher Hand finanziert. Die Bahn-Spitze hat im Bundestags-Verkehrsausschuss nun erstmals die Unwirtschaftlichkeit des Projekts

Unwirtschaftlich

Am 18. April erklärte DB-Chef Richard Lutz dem Verkehrsausschuss des Bundestages, dass das teuerste deutsche Bauprojekt der Verkehrsinfrastruktur, Stuttgart 21, unwirtschaftlich ist. Erfasst sind dabei nur die Eigenmittel, die die DB nach ihrer derzeitigen Auffassung aufzubringen hat. Der Bund hat bereits Gesamtkosten für Stuttgart 21 von 8,2 Milliarden Euro bewilligt, der Bundesrechnungshof geht von 10 Milliarden Euro aus. Die DB rechnet auf der Ausgabenseite mit Eigenmitteln von 4,034 Milliarden Euro. Dem stehen „Projekt- und Immobilieneffekte“ von 1,806 Milliarden Euro gegenüber. Zwei Drittel der „Effekte“ rühren aus dem Verkauf von bisher für den Bahnbetrieb genutzten Flächen, nicht etwa aus dem Betrieb eines Bahnhofs. So kommt die DB AG auf oben genannten Planverlust von 2,22 Milliarden Euro.

Da jedoch sämtliche Mittel für Stuttgart 21 genau genommen aus öffentlicher Hand kommen – von einem bundeseigenen Konzern und von den Gebietskörperschaften Land und Stadt – ist der volkswirtschaftliche Schaden voraussichtlich wesentlich höher. Nichtsdestotrotz klagt die DB AG auf Übernahme von Mehrkosten durch das Land Baden-Württemberg und die Stadt Stuttgart.

eingestanden und das eigene Defizit durch das S21-Projekt auf 2,2 Milliarden Euro beziffert (siehe Kasten unten). Dieses Geld fehlt zur Umsetzung einer postfossilen Verkehrswende, die zum Schutz von Klima, Gesundheit und Umwelt dringend notwendig ist.

- **Abbau von Schienenkapazität**

Auf einem unterirdischen Durchgangsbahnhof mit acht Gleisen wird nie soviel Schienenverkehr realisiert werden können wie auf dem oberirdischen Kopfbahnhof mit 16 Gleisen. Das Maximum von S21 liegt bei vier Zügen pro Gleis in der Stunde, also bei insgesamt 32. Im bestehenden Kopfbahnhof können planmäßig 51 Züge pro Stunde fahren, was z.B. Fahrpläne von 1969 belegen. Das Nadelöhr S21 blockiert einen Deutschlandtakt auf der Schiene.

- **Gefälle**

Das Gleisgefälle von S21 ist mit 15 Promille sechsmal höher, als es die Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung aus Sicherheitsgründen erlaubt. Nirgendwo auf der Welt gibt es einen Bahnhof mit auch nur annähernd so steilen Gleisen.

- **Anhydrit**

Die Risiken eines Tunnelbaus im Anhydrit, umgangssprachlich Gipskeuper, sind nicht beherrschbar. Bei S21 verlaufen mehr als 15 Kilometer Tunnel im Anhydrit. Die Stadt Staufen im Breisgau hat bis heute die Folgen der Geothermie-Bohrung im Anhydrit nicht im Griff, der Boden bleibt in Bewegung. Bei Kontakt mit Wasser quillt der Untergrund auf, die Bebauung darüber wird angehoben bis hin zum Einsturz von Gebäuden. Selbst das Gutachten des Beratungsunternehmens KPMG für die Deutsche Bahn nennt dies ein „unüblich hohes Risiko für die Betriebstauglichkeit“.

*Die Kletternden gaben unten an der Brücke „Berger Steg“ den Hinweis: „Dies ist eine Kunstperformance von Aktivist*innen der Umweltschutzgruppe ROBIN WOOD mit dem Titel ‚Denkanstoß‘. Das Banner ist professionell befestigt. Es wird im Rahmen einer öffentlichen Finissage wieder entfernt“*





FÜR EIN ECHTES
NACHTFLUGVERBOT
VON 22 BIS 6 UHR

KEIN FLUGHAFENAUSBAU

Wald statt Wachstum

Die Besetzung des Treburer Oberwalds

Wer im ICE von Frankfurt nach Mannheim unterwegs ist, kann beim Blick aus dem Fenster einen gelben Fleck im Wald ausmachen. Bei einem zweiten Blick erweist dieser sich als ein Transparent, das zwischen den Bäumen gespannt ist. Irgendwas mit Klima steht drauf. Wer Zeit für einen dritten Blick hat, kann im Wald Zelte, Hütten und Baumhäuser ausmachen. Vermutlich hat das Ganze bei manch Reisenden eine gewisse Ratlosigkeit hinterlassen. Wer sich zu Fuß oder Fahrrad einen Weg zwischen lärmender Autobahn und Bahntrasse in das Waldstück gesucht hat, fand hier im tiefen Schnee wie auch an den ersten warmen Frühlingstagen eine Gruppe von Menschen, die den Treburer Oberwald beharrlich besetzt hielten. Denn geht es nach dem Willen des Flughafenbetreibers Fraport, soll der Wald in naher Zukunft für eine Autobahnauffahrt zum geplanten Terminal 3 des Frankfurter Flughafens gefällt werden. Deshalb wurde er Anfang Januar besetzt.

Die Besetzung wurde von autonom organisierten Aktiven aus dem Hambacher Forst initiiert und wird weiterhin maßgeblich von ihnen getragen. Bei den Kämpfen im Rheinischen Braunkohlerevier haben sie Erfahrungen mit Waldbesetzungen sammeln können. Das Eintreten für wirksamen Klimaschutz verbindet in ihren Augen zwei Konflikte: Der wachsende Flugverkehr lässt genau wie die Braunkohleverstromung die Versprechen der Politik zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes vollkommen unglaubwürdig erscheinen. Daher nehmen immer mehr Menschen Klimaschutz in die eigene Hand – an den Braunkohlegruben und jetzt eben auch am Flughafen. ROBIN WOOD war zusammen mit lokalen Bürgerinitiativen bereits 2014 und 2015 mit Sommercamps im Treburer Oberwald präsent und steht nun solidarisch zu der Besetzung. Unsere Beteiligung ist aber nicht nur ideell: ROBIN WOOD-Mitglieder sind sowohl auf der Besetzung als auch in den Reihen der lokalen Unterstützer*innen aktiv. In der Region erfährt die Aktion viel Sympathie und eine hohe mediale Aufmerksamkeit. Den bisherigen Höhepunkt markierte ein Konzert Ende März im Wald, zu dem mehrere hundert Menschen kamen.

Solchen Zuspruch kann die Besetzung gut gebrauchen! Denn das geplante dritte Terminal ist ein zentraler Baustein in Fraports Strategie zur Steigerung des Flugverkehrs. Schon seit Jahren sind die Passagierzahlen kräftig gewachsen. Wegen des Trends zu immer größeren Flugzeugen stagnierten aber die Flugbewegungen. In diesem Jahr soll es nun auch hier zu einem spürbaren Wachstum kommen. Fraport rechnet mit 9% mehr Flugbewegungen, auch wegen des verstärkten Angebots von Billigfliegern. Das bedeutet nicht nur mehr Klimaschäden, sondern auch eine höhere Lärm- und Schadstoffbelastung für die Region. Es ist daher sehr zu begrüßen, dass es neben den

seit Jahren anhaltenden Montagsdemos im Flughafen nun weiteren Protest gegen das Wachstum des Flugverkehrs gibt.

Die Gemeinde Trebur sieht das offenbar anders. Die Stadt plant das Waldstück noch dieses Frühjahr an die Fraport zu verkaufen. Bereits jetzt ist der Flughafenbetreiber bevollmächtigt, in dem Wald bauvorbereitende Arbeiten wie Vermessungen vorzunehmen. Bäume dürfen aber erst im Herbst gefällt werden. Die meisten Beobachter*innen rechnen daher nicht vor der hessischen Landtagswahl Ende Oktober mit einer Zuspitzung der Auseinandersetzung zwischen Besetzer*innen und Flughafenbetreiber. Auch ROBIN WOOD wird dann wieder vor Ort Flagge zeigen.

Bis dahin brauchen die Besetzer*innen eine breite Unterstützung, um durchzuhalten. Neben Geld- und Sachspenden werden vor allem Menschen gesucht, die auf der Besetzung Präsenz zeigen. Sei es für einige Stunden, ein Wochenende oder langfristig. Besuch ist immer willkommen. Für ein erstes Kennenlernen empfiehlt sich der Sonntagnachmittag, denn dann sind etliche Unterstützer*innen vor Ort. Oft bringt jemand Kuchen mit. Die Stimmung bei solchen Anlässen ist herzlich, und der Widerstand im Wald erweist sich als lebensfroher als vom ICE-Fenster aus vermutet.

Alexander Valerius
ROBIN WOOD-Regionalgruppe Berlin

Kontakt zur Waldbesetzung: 0151 29799859
Regelmäßige Berichte von der Besetzung sind hier zu finden:
www.waldbesetzung.blogspot.de



Foto: Thomas Piper



Fotos: Thomas Piper

Breiter Protest gegen das Abholzen des Treburer Oberwalds für einen Zubringer zum geplanten Terminal 3

Billigflieger, Klimaschutz und Terminal 3

Rede von Monika Lege, Referentin für Mobilität bei ROBIN WOOD, auf der 234. Montagsdemo im Terminal 1 des Frankfurter Flughafens am 22.1.2018



Guten Abend, vielen Dank für die Einladung und die freundliche Begrüßung!

„Geht’s schon wieder um den Flughafen?“ fragte mich gestern ein Freund in der norddeutschen Tiefebene, als ich sagte, ich muss noch arbeiten. „Soll der schon wieder ausgebaut werden?“ „Ja, jetzt ist es ein Terminal. Und wenn das Terminal fertig ist, wird es wieder eine Bahn sein.“

*Seit dem 7. Januar harren junge Aktivist*innen Tag und Nacht im Treburer Oberwald aus, um seine Rodung zu verhindern. Die Pressestelle der Fraport sagt, ach was, dem Wald wollen sie erst nächsten Winter an die Wurzeln gehen. Im Planfeststellungsbeschluss liest sich das anders. Wenn die Bäume am 1. März noch stehen, dann nur, weil so viele Leute hingeguckt haben und da gewesen sind. Weil so viel Leute darüber geredet und geschrieben haben. Und dafür gekämpft haben. Die*



Fliegen ist der schnellste und billigste Weg, um unseren Planeten zu grillen

Aktivistinnen und Aktivisten haben mich nach Erfahrungen mit früheren Rodungen gefragt. Zuerst kommt ein Zaun. Und was vorher öffentlich war, sieht nun aus wie Privatbesitz. Wer sich dann noch reintraut, steht als Ordnungsbrecher da.

Am 12. September 2005 wurden die Zäune im Gundwald gestellt, um 75 Hektar für die A 380-Halle zu roden. Übrigens noch in der Brut- und Setzzeit, die am 30.9. endet. Das Waldcamp in Kelsterbach wurde am 18. Februar 2009 geräumt, um 250 Hektar für die Nordwest-Landebahn zu roden.

Lohnt sich das, immer wieder im Wald zu frieren, sich Kriminalisierung auszusetzen und als Spinner diffamiert zu werden? Ja, denn jede Verzögerung ist ein Gewinn. Im Herbst 2008 stand das

Widerstand gegen das Roden mit Kuchenstand: Der Erhalt alter Wälder wäre der einfachste Weg, das Klima zu schützen



Foto: Rudi Hechler

Moratorium für den Kelsterbacher Stadtwald schon im Koalitionsvertrag. Dann entdeckte Jürgen Walter sein Gewissen und bescherte Roland Koch Neuwahlen. Wenn in diesem Winter im Treburer Oberwald nicht für den Autobahnanschluss und die Baustellenzufahrt von Terminal 3 gerodet wird, geht es erst im September weiter. Da sind in Hessen Landtagswahlen. Wir haben die Chance, die Kräfteverhältnisse für weniger Flughafen und mehr Wald, mehr Klimaschutz, mehr Ruhe und Lebensqualität in der Region zu verschieben. (...)

Das ist der Zusammenhang: Der Erhalt alter Wälder ist der einfachste Weg, das Klima zu schützen. Der Werbegag des „Bäumchen pflanzen“ kann in der Klimabilanz nicht mit großen alten Bäumen mithalten.

Fliegen ist der schnellste und billigste Weg, den Planeten zu grillen. Der Treibhausgas-Mix und seine Emission in Flughöhe haben eine um ein Mehrfaches höhere Erwärmungswirkung als in Bodennähe abgegebenes Kohlendioxid aus Schornsteinen und Auspuffrohren. Flugverkehr ist global die am schnellsten wachsende Quelle von Treibhausgas-Emissionen. Das Wachstum generieren wenige Menschen, die immer häufiger fliegen.

Fliegen steht für einen maximal ressourcen-intensiven Lebensstil von Industrie-



Foto: Keber

Monika Lege ist Referentin für Mobilität bei ROBIN WOOD in Hamburg

gesellschaften. Hier Wälder für Flughafen ausbau abholzen und agrarisch geprägten Gesellschaften irgendwo anders die Nutzung ihrer Wälder aus Gründen des Klimaschutzes zu untersagen ist – schlicht und ergreifend – ungerecht. Terminal 3 soll gebaut werden, um mehr Fluggäste und damit auch Flugbewegungen nach Frankfurt zu ziehen. Die Wachstumsprognosen für den Bedarf trafen nicht zu, also hilft Fraport mit Billigfliegern nach.

Billigflieger an und für sich sind nicht der Kern des Problems. Auch ein Lufthansa-Flug ist viel zu billig, berücksichtigen wir die externen Kosten des Fluges und die Milliarden subventionen für die Luftfahrt. Aber Billigflieger unterbieten durch Sozial-Dumping und verschärfen soziale Ungleichheit. Und sie simulieren Wachstum hier in Rhein-Main, mit dem der Ausbau der Infrastruktur legitimiert wird. Deswegen ist der Treburer Oberwald gerade ein Brennpunkt, an dem wir an den Kräfteverhältnissen rütteln können: Für Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit. Für lokales Handeln und globales Denken.

Und in diesem Sinne: Für Wald statt Asphalt. Danke für die Einladung und dafür, dass sie hier sind.

There is no Planet B

Punkten für die VerkehrsWende

„Verkehrssektor als größte klimapolitische Herausforderung“ – so beginnt das aktuelle Sondergutachten vom Sachverständigenrat für Umweltfragen. Der durchschnittliche Kohlendioxidausstoß bei EU-Neuwagen ist 2017 gestiegen. Das hat zwei Gründe: Zum einen werden aufgrund des Dieseltbetrugs wieder mehr Benziner gekauft. Maßnahmen zur Senkung der Stickoxid-Emissionen erhöhen den Verbrauch und damit den Kohlendioxidausstoß – ein Dilemma für Gesundheits- und Klimaschutz. Zum anderen werden EU-weit die Autos immer schwerer. Geländewagen bleiben Trend. Der deutsche Durchschnittsneuwagen hatte im letzten Jahr 154 PS unter der Haube und eignet sich damit auch als landwirtschaftliche Zugmaschine.

Gewinne für die Autoindustrie

Der weltgrößte Autozulieferer Bosch meldet für das vergangene Jahr einen Rekordgewinn. Auch für Daimler und VW lief es gut. Der Dieseltbetrug an den Kund*innen der Autokonzerne und an den Bürger*innen, die die Dreckschlucht einatmen, scheint den beteiligten Unternehmen wirtschaftlich nicht zu schaden. Im Gegenteil: Während die Ermittlungen zur Verantwortung von Bosch für die massenhafte Abgasmanipulation noch laufen, verkündet das Unternehmen den Durchbruch bei der Entwicklung einer neuen Abgastechnik, die die Stickoxid-Probleme im Straßenverkehr lösen

Machen Sie mit und bestellen Sie unsere Planet B-Aktionskarten mit 7 VerkehrsWendePunkten. Die Kärtchen eignen sich hervorragend, um sie im mobilen Alltag parkenden Platzhirschen an die Seitenscheibe zu stecken, zum Bestellen siehe Seite 47

werde. Zur Nachrüstung älterer Dieselfahrzeuge sei die Technik aber nicht geeignet. Eine win-win-Situation für die Dieselbranche: Die neue alte GroKo will Fahrverbote um jeden Preis meiden, die verantwortlichen Konzerne sollen nicht für Nachrüstungen zahlen. Stattdessen gibt es ein neues Produkt und einen neuen Markt für Einspritzmotoren.

Das bahnbrechende Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 27. Februar (siehe S. 8) zwingt nach Auffassung der meisten Expert*innen die Regierung, die rechtlichen Voraussetzungen für Fahrverbote zu schaffen. Doch Kanzlerinnenamt und Verkehrsministerium wiegeln ab: Einzelne Städte müssten eventuell die eine oder andere Straße mal sperren. Der Bund sei nicht gefragt: Keine blaue Plakette, keine Abschaffung der Steuervorteile für Diesel. Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Verkehrsministers Scheuer, CSU, war die Einladung zum „Lokalmedien-Gipfel: Bessere Luft in den Städten“ an Journalist*innen aus den am stärksten belasteten Städten München, Stuttgart, Köln, Reutlingen und Hamburg. Diese hörten Zweifel an der Wahl der Standorte für Luft-Messstellen und dass der öffentliche Verkehr mit Bussen für die Stickoxid-Belastung bedeutender sei als „Tante Erna, die einmal in der Woche fährt.“ Vor dem geistigen Auge der CSU-Herrnrunde rußen „Tante Erna“ im historischen Benzle und der klapprige kommunale Schulbus. Ihre eigenen PS-Boliden kommen nicht vor.

Fahrverbote für Diesel?

Müssen nach dem Urteil von Leipzig „Millionen Dieselfahrer bangen“, wie es die Schlagzeilen Ende Februar verkündeten? Eher nicht. Der grüne Verkehrsminister von Baden-Württemberg hat im Winter 2015/16 Fahrverbote wegen zu hoher Feinstaubwerte für 2017 angekündigt.

Anfang Januar 2017 verschiebt Hermann: „Wenn wir am Ende dieser Saison Bilanz ziehen und feststellen, dass wir im nächsten Winter das nicht schaffen, dann müssen wir natürlich ernsthaft darüber nachdenken, welche Maßnahmen dann ergriffen werden müssen.“ Der grüne Stuttgarter Oberbürgermeister will einen Aufschub bis 2020. In Hamburg erklärt sogar der ADAC, dass Fahrverbote bei geltender Rechtslage nicht weiter stören: Falls es doch mal eine Kontrolle geben sollte, reicht es, wenn Sie sagen, dass Sie Anwohner*innen besuchen.

Entscheidend für den Gesundheits- und Klimaschutz werden nicht Verbote, sondern ein Wandel der Mobilitätskultur sein. ROBIN WOOD fordert weniger Autos in der Stadt und weniger Auto pro Person:

- + Abrüstung von SUV, großen und schweren Karossen aus dem „Premium-Segment“
- + Nachrüstung dreckiger Diesel auf Kosten der Hersteller
- + die Blaue Plakette, damit Fahrverbote kein bürokratischer Scheinriese sind
- + Abschaffung der steuerlichen Bevorzugung von Dieselmotoren
- + einen deutlich günstigeren und ticketlosen öffentlichen Verkehr
- + bessere Bedingungen für Fuß- und Radverkehr.

Wir brauchen das entschlossene Handeln vieler Einzelner, damit Gesundheit und Klimaschutz vor Profit gehen.

Monika Lege, Politikwissenschaftlerin und Referentin für Mobilität bei ROBIN WOOD in Hamburg
verkehr@robinwood.de

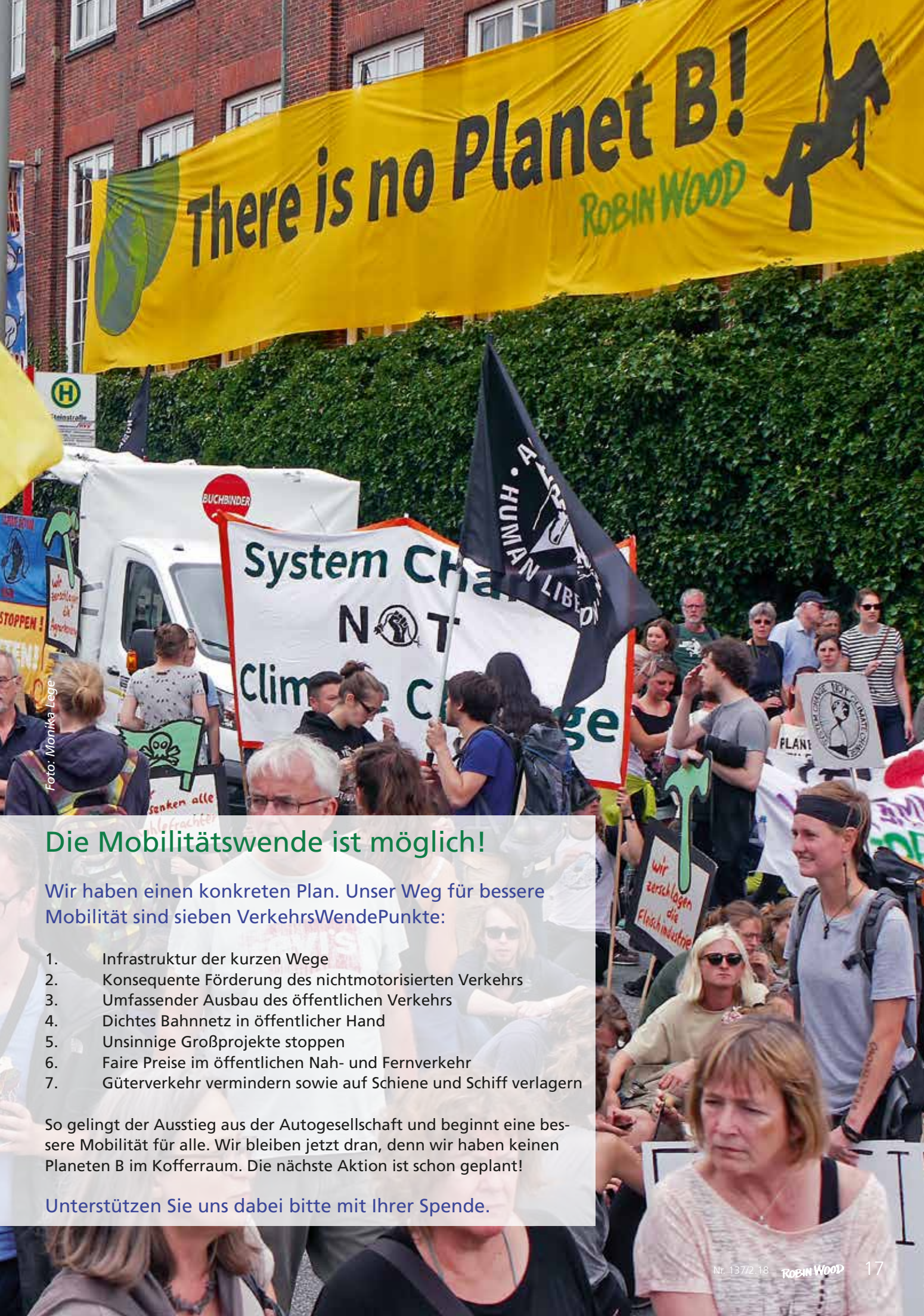


Foto: Monika Lege

Die Mobilitätswende ist möglich!

Wir haben einen konkreten Plan. Unser Weg für bessere Mobilität sind sieben VerkehrsWendePunkte:

1. Infrastruktur der kurzen Wege
2. Konsequente Förderung des nichtmotorisierten Verkehrs
3. Umfassender Ausbau des öffentlichen Verkehrs
4. Dichtes Bahnnetz in öffentlicher Hand
5. Unsinnige Großprojekte stoppen
6. Faire Preise im öffentlichen Nah- und Fernverkehr
7. Güterverkehr vermindern sowie auf Schiene und Schiff verlagern

So gelingt der Ausstieg aus der Autogesellschaft und beginnt eine bessere Mobilität für alle. Wir bleiben jetzt dran, denn wir haben keinen Planeten B im Kofferraum. Die nächste Aktion ist schon geplant!

Unterstützen Sie uns dabei bitte mit Ihrer Spende.



Foto: Andreas Herrschorff/pixello.de

Wald ist mehr als Wirtschaft

Deutschland im Jahr 2018: So richtig vorgehen will es nicht mit dem Natur- und Umweltschutz. Doch während die alte große Koalition noch das EU-weite Ende des Glyphosats verhinderte, die alte und die neue Koalition zu kleinsten Schritten gegen Feinstaub von Gerichten gezwungen werden mussten und die Klimaziele für 2020 von der neuen GroKo aktuell aufgegeben wurden, scheint es zumindest in einem Bereich sehr gut zu laufen: Klimaschutz im Wald.

Das könnte zumindest denken, wer die Hochglanzbroschüren verschiedener Verbände und Ministerien liest. So steht beispielsweise in der Charta für Holz 2.0 aus dem Bundesforstwirtschaftsministerium (BMEL): „Die Bewirtschaftung der Wälder und das entnommene Rohholz sind die Grundlage für den positiven Beitrag der Forst- und Holzwirtschaft zum Klimaschutz. [...] Eine Ausweitung des Holzaufkommens ist damit aus Sicht des Klimaschutzes sinnvoll.“

„Mehr Holz einsetzen“ und „Nadelholz dauerhaft sichern“ sind die ausgegebenen Parolen im Dokument. Auch der Wissenschaftliche Beirat Waldpolitik des entsprechenden Ministeriums rechnete 2016 vor, wie es wäre in einem „ambitionierten Szenario“ den Nadelbaumanteil im Wald wieder auf 70 Prozent zu erhöhen.

Dass der Wald den Klimawandel durch die Einlagerung von Kohlenstoff in Holz abschwächen kann, ist unbestritten. Doch sind schnellere und mehr Fällungen und die Wiederanpflanzung von mehr nicht-standortgerechten Nadelhölzern wirklich der richtige Schluss? Aus Sicht von ROBIN WOOD wäre der Name für eine solche Lösung wohl eher: „Rückschrittliches Szenario“.

Klimaschutz mit Nadelholz?

Doch schauen wir es uns genauer an: Der Wald in Deutschland nimmt tatsächlich viel Kohlenstoff in seinem Holz und in den Waldböden auf. Der Kohlenstoff geht schnell wieder in die Atmosphäre, wenn Holz verbrannt wird oder lang-

samer, wenn ein Baum abstirbt und nach und nach zerfällt. Um mit dem Wald viel Kohlenstoff in den nächsten Jahrzehnten aus der Luft zu entnehmen, ist es zum einen wichtig, möglichst viel Kohlenstoff im Wald und im Boden zu lassen, zum anderen das entnommene Holz sehr langlebig zu nutzen. Das bedeutet konkret, dass es viel klimafreundlicher ist, einen Esstisch über Jahrzehnte zu nutzen als Holz zu verbrennen oder zu Coffee-to-Go-Blechern zu verarbeiten. Da heute die Hälfte des deutschen Holzes in den Energieholzbereich geht, ist ein Großteil des vom Wald „geretteten“ Kohlenstoffs schnell wieder in der Luft.

Die allererste Forderung für einen klimafreundlichen Wald muss daher sein: Holz langlebig nutzen, Energieholzanteil deutlich senken und nicht mehr als „nachhaltig“ labeln, Holz mehrmals nutzen, bevor es verbrannt wird – zum Beispiel vom Stammholz über Paletten bis hin zu Faser- und Papierprodukten. (Mehr dazu im Artikel „Natur- und Klimaschutz gehören zusammen – auch im Wald!“, ROBIN WOOD-Magazin 1/2017).

Besonders problematisch ist folgende Gedankenkette aus der Studie des Wissenschaftlichen Beirates: *Nadelholz wird aktuell besonders viel verbaut – Verbautes Holz speichert lange Kohlenstoff und ist damit klimafreundlicher – Daher muss Nadelholz klimafreundlicher berechnet werden als Laubholz – Um möglichst klimafreundlich zu sein, braucht es mehr Nadelholz.*

Hier wird also die wirtschaftliche Realität der Vergangenheit einfach auf die Zukunft

projiziert und daher dem Nadelholz ein Plus in der Berechnung verschafft.

Doch was könnte dieses Szenario mit bis zu 70 Prozent Nadelholz für den Wald bedeuten? Der vor Jahrzehnten begonnene Waldumbau – weg von eintönigen und anfälligen Nadelforsten hin zu durchmischten, mehrstratigen Wäldern mit einem Schwerpunkt auf standortangepassten Laubbaumarten – würde in großen Teilen rückgängig gemacht. Wälder in Deutschland, ohnehin jetzt schon sehr oft angeschlagen, sind in Monokulturen noch anfälliger für im Klimawandel zunehmende Trockenheiten, Stürme und Schädlingsbefall. Gegen diesen wiederum würden folgerichtig mehr Pestizide eingesetzt werden – nicht ohne Schaden für das Ökosystem.

Auch sorgen zu viele Nadelbäume durch ihre den Boden versauernden Nadeln für schwierigere Wachstumsbedingungen und eine Artenarmut im Pflanzenreich. Im Gegensatz dazu würden mehrschichtige, naturnahe Wälder sich auch im Zuge eines Befalls wieder schneller erholen, da ein artenreicher Nachwuchs sozusagen schon in den Startlöchern steht.

Kurz gesagt: Bei hohem Nadelbaumanteil würde die Anfälligkeit für Klimaveränderung zunehmen, Baumschäden weiter steigen, Artenvielfalt sinken. Das kann keine Waldwirtschaft für die Zukunft sein, schon gar keine ökologische.

Angebrachter wäre daher folgende Gedankenkette: *Nadelholz wird aus Gründen der Biodiversität und Klimawandelanpassung immer weniger werden, Laubholz immer mehr – Laubholz wird in*

Zukunft viele langlebige Holzprodukte übernehmen müssen – Politik und Wirtschaft müssen jetzt den technologischen „Umstieg“ auf eine hauptsächlich laubholzbasierte Nutzung angehen! Diese Schlussfolgerung würde die momentanen Veränderungen durch Waldumbau und einen gestiegenen Bedarf für Naturnähe in Zeiten des Klimawandels akzeptieren und von da ausgehend fragen, wie die Gesellschaft sich darauf einstellen kann.

Wissenschaftler treten für Laubholzwald ein

Zu einem ähnlichen Schluss kommen einige namhafte Wissenschaftler, die kürzlich unter dem Titel „Laubholz-Irrweg?“ auf die Empfehlungen des wissenschaftlichen Beirats antworteten. Sie kritisieren

nicht nur die einseitig ausgerichtete Datennutzung, sondern auch, dass alle Forderungen des Beirats der nicht-naturnahen Forst- und Holzwirtschaft entsprechen. Dabei fällt auch die Frage nach „Klientelpolitik“. Die kritischen Wissenschaftler kommen zu dem Schluss: „Die Vorschläge des Beirates laufen darauf hinaus, einen sehr kleinen Vorteil für den Klimaschutz durch einen sehr großen Nachteil für den Erhalt der Biodiversität und damit verbundener ökologischer und sozialer Funktionen und Leistungen des Waldes einzukaufen.“

Profite dürfen nicht an erster Stelle stehen

Der Wald ist mehr als Wirtschaft. Er ist der Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten, er ist ein Ort für Ruhe,

Erholung und Freizeit, er hilft bei der Reinigung von Wasser und Luft. Die Gewinnung von Profiten darf hier nicht an erster Stelle stehen – dafür wären auch viele Försterinnen und Förster dankbar.

Profitsteigerungen unter dem Deckmantel des Klimaschutzes auf Kosten der Natur darf es nicht mehr geben. Die neue Große Koalition bezieht sich im Koalitionsvertrag unter anderem auf die Charta für Holz 2.0. Sie sollte mit manchen der dort beschriebenen Positionen sehr vorsichtig umgehen. Auch in den nächsten Jahren braucht es wachsame Organisationen und kritische Stimmen, um Schaden von der Natur abzuwenden!

*Jannis Pfendtner, Waldreferent bei ROBIN WOOD in Hamburg
wald@robinwood.de*

Naturnaher Laubwald statt Fichtenstangenforsten: Profite im Wald unter dem Deckmantel des Klimaschutzes darf es nicht geben!



Foto: CC BY 2.0

Erfolg für Bialowieza: Europäischer Gerichtshof erklärt Raubbau im Urwald für illegal

Endlich: Der Europäische Gerichtshof stellte am 17. April nun höchst offiziell fest, dass die Steigerung des Holzeinschlags im polnischen Urwald Bialowieza gegen europäisches Recht verstößt. Sowohl gegen die Habitat-Richtlinie als auch gegen die Vogelschutzrichtlinie wurden schwere Verstöße bestätigt. Und fast noch wichtiger für die Zukunft des Waldes: Bei neuen Verstößen wird eine hohe Strafe von mindestens 4,3 Millionen Euro ausgesprochen! Der polnische Ministerpräsident Morawiecki, der erst seit Dezember 2017 im Amt ist, bestätigte, dass Polen „das Urteil natürlich akzeptieren wird“.

Die polnische Regierung hatte im März 2016 erlaubt, den Holzeinschlag in den Wäldern von Bialowieza zu verdreifachen und die Fällungen erst gestoppt, nachdem der EU-Gerichtshof im November 2017 100.000 Euro Strafe pro weiterem Tag angedroht hatte. Der Bialowieza-Wald ist eines der letzten noch weitgehend unberührten Waldgebiete Europas und wurde von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt. Er gilt als der allerletzte großflächige Urwald im Tiefland Europas und ist mindestens 8.000 Jahre alt. Neben bis zu 20.000 Tierarten – darunter Wisent, Wolf und Luchs – kommen dort viele tausende Pflanzen und Pilze vor.

Während das Waldgebiet auf weißrussischer Seite komplett als Nationalpark unter Schutz gestellt ist, gilt dies für Polen bisher nur zu etwa einem Fünftel. Ein natürlicher Wald entwickelt sich über viele Jahrhunderte zu einem einzigartigen Ökosystem, wenn der Mensch wie hier nicht eingreift.

11.8.2017: ROBIN WOOD-Aktive protestieren in Berlin gegen die Naturzerstörung im Urwald von Bialowieza

ROBIN WOOD hatte als erste größere Umweltorganisation in Deutschland die Kampagne der polnischen Waldschützer*innen unter dem Hashtag #SaveBialowieza unterstützt. Über 1.000 polnische und internationale Aktivist*innen lebten kürzere oder längere Zeit im ‚Camp for the Forest‘, ein Waldcamp von dem aus die Handlungen der Regierung dokumentiert und Fällungen durch gewaltfreie Blockaden verlangsamt wurden. In Deutschland konnte ROBIN WOOD nicht nur mit einer großen Aktion vor dem Polnischen Institut in Berlin, sondern auch mit einem offenen Brief aller großen Umweltorganisationen die öffentliche Aufmerksamkeit aufrecht erhalten.

Die UNESCO-Welterbekommission hatte Mitte 2017 verkündet, dass der Status des Bialowieza als Weltkulturerbe gefährdet sei und einen sofortigen Stopp der Fällungen in alten Wäldern gefordert. Jetzt sollte die polnische Regierung gemeinsam mit der

Bevölkerung und Nichtregierungsorganisationen einen Prozess starten, der den gesamten Wald als Nationalpark unter Schutz stellt. Besonders gefährlich wäre es jetzt auf den kahlgeschlagenen Flächen Fichten in Monokultur zu pflanzen. Der Wald sollte sich stattdessen weitgehend selbst überlassen bleiben, damit sich die Natur ihren Platz wieder zurückholen kann.

Es ist noch nicht zu spät, Bialowieza dauerhaft zu einem Naturerbe Polens und der Welt zu machen. Dafür braucht es Aufmerksamkeit, klare Schutzregelungen und gute Einbindungen von Zivilgesellschaft und Bevölkerung. Ein erster Schritt wäre jetzt die Aufhebung der über 300 Klagen gegen Aktivist*innen, die sonst bald von gerichtlichen Verfahren überrollt werden.

Jannis Pfendtner, Waldreferent bei ROBIN WOOD, wald@robinwood.de



Foto: Knüt Hildebrandt



Foto: Maja Geiselpixelio.de

Das Projekt FARN untersucht Verknüpfungen des deutschen Natur- und Umweltschutzes mit extrem rechten und völkischen Strömungen

Der Wald und das Volk

Auf dem Foto ist eine junge Frau im Wald zu sehen, die sich in das Geäst eines alten Baumes schmiegt. Ihre Füße sind nackt. Der Baum ist kahl. Es ist Herbst oder Winter. Dennoch scheint sie nicht zu frieren. Der Baum und die Frau wirken wie miteinander verbunden. Die Redewendung „wie aus einem Holz geschnitzt“ kommt mir in den Sinn. Das Foto trägt den Titel „Tochter des Waldes“ und ist in den Sozialen Medien zu finden – eines von vielen Bildern mit ähnlichem Motiv.

Die junge Frau ist Alina von Rauheneck. Sie ist Aktivistin der „Identitären Bewegung“ (IB). Die IB ist eine rechtsextreme Jugendbewegung. Ihre Ziele: sichere Grenzen, Remigration und die Reinheit der Kulturen. Ihr Auftreten ist hip. Ihre Aktionen sind öffentlichkeitswirksam. Warum benutzt sie diese Bilder? Ist Alina

einfach nur rechtsextrem und naturverbunden? Oder gehört das zusammen?

Ernst Jünger und die IB

Für viele naturverbundene Menschen sind Wälder beliebte Freizeit- und Rückzugsorte. In der Ruhe und Abgeschiedenheit kann man dem Straßenlärm entfliehen und vermeintlich unberührte Natur erleben. Diese positiven Eigenschaften werden seit der Romantik genutzt, um den „Deutschen Wald“ als Projektionsfläche für gesellschaftliche Phänomene und historische Verknüpfungen zu verwenden oder zu missbrauchen.

Auch in jüngster Zeit erfreut sich Waldsymbolik in Kreisen der extremen Rechten großer Beliebtheit. Die schon erwähnte IB hat einen Essay von Ernst Jün-

ger wiederentdeckt und empfiehlt ihn der eigenen Klientel: „Der Waldgang“ von 1951. Jünger entwickelt die Figur des Waldgängers, der sich in den Widerstand zu Modernität, Zivilisation, Technik und wirtschaftlichen Eliten begibt. Dabei ist er offenkundig von den Partisanen des Zweiten Weltkriegs beeindruckt, die ebenso wie der „Waldgänger“ bereit sind, Widerstand zu leisten, obwohl ihr Kampf doch nahezu aussichtslos ist. Jünger benutzt den Wald als Metapher: Er ist für ihn „der Ort der Freiheit“, also ein gedanklicher Widerstand gegen die Fremdbestimmung.

Diese Figur übernimmt die IB in ihre politische Ästhetik und bespielt ihre Social-Media-Kanäle mit verschiedenen Waldmotiven. Die Ursprünge und Bedeutungen solcher Ideen liegen allerdings viel weiter zurück.

Waldsymbolik seit der Romantik

Gerade im frühen 19. Jahrhundert wurde in Kunst und Literatur ein Mythos um den deutschen Wald erschaffen. Eine große Rolle spielte dabei die Wiederentdeckung der Schriften des römischen Historikers Tacitus, der ungefähr um 100 n. Chr. in seinem Werk „Germania“ eine Beschreibung der Menschen und der Natur auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands angefertigt hat. Die Charakterisierung der germanischen Stämme als wild, unzivilisiert und widerstandsfähig eignete sich hervorragend als Ursprungserzählung des deutschen Volkes. Die Beherrschung der aus römischer Sicht ungemütlichen Landschaft, die zu großen Teilen aus dichten Wäldern bestand, wurde als positive Zuschreibung von Stärke und Überlegenheit gegenüber den im sonnigen Süden siedelnden Völkern interpretiert. Hinzu kam die Überlieferung der Varusschlacht, bei der Arminius römische Truppen im Teutoburger Wald vernichtend schlug und damit die Ausbreitung des Römischen Reichs auf die Gebiete östlich des Rheins verhindert haben soll. Zu Arminius Ehren wurde 1875 in Detmold ein Denkmal errichtet. Dieses wird auch heute häufig von Pilgernden mit rechter Gesinnung aufgesucht, die den völkischen Mythos der Befreiung von der Fremdherrschaft aufleben lassen.

Die Sehnsucht der Romantiker nach einer besseren Zeit vor der Industrialisierung und Verstädterung ging einher mit dem Schutz der Wälder – auch um dieses letzte „heidnische Erbe“ der Vorfahren zu erhalten. Der Publizist Ernst Moritz Arndt dachte den Schutz des Waldes mit dem Erhalt des Volkes zusammen: „Denn jetzt wird in vielen Ländern Europas die Axt, die an den Baum gelegt wird, häufig zu einer Axt, die an das ganze Volk gelegt wird.“

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde in diesem Sinne von Ernst Rudorff der Bund Heimatschutz gegründet. Der zusätzlich zur schützenden Natur vor schädlichen, nichtdeutschen Einflüssen auf den für das Nationalgefühl so wichtigen Wald warnte. In diesem Denken wurden die Grundlagen des Antisemitismus des Nationalsozialismus gelegt. Der Wald

wurde zur Projektionsfläche für modernitätskritische, nationalistische, rassistische und biologistische Ideologien. Die vermeintlich natürliche Überlegenheit des germanischen „Waldvolks“ gegenüber dem jüdischen „Nomaden- und Wüstenvolk“ ließ sich problemlos in die „Blut-und-Boden“-Ideologie einbetten. Aus dieser Sicht besteht nämlich eine Verbindung zwischen Volk und Raum, das heißt Menschen sind durch ihre Abstammung an einen bestimmten Ort gebunden und – wie der Wald – in ihm verwurzelt.

Aufforstung als Grundlage für „arisches Leben“

Im Nationalsozialismus fühlte sich Hermann Göring als Reichsforstmeister persönlich für den Schutz des Waldes und der Natur verantwortlich. Göring beschwor in seinen Reden eine ewige Schicksalsgemeinschaft von Volk und Wald. Hier taucht auch wieder der Gedanke von Arndt auf: Ohne den Wald könne das deutsche Volk nicht überleben. Im Zuge des „Generalplans Ost“, der „Lebensraumerweiterung“ durch Vernichtungskriege im Osten, sorgte man sich darum, dass das deutsche Volk in den weiten Steppenlandschaften nicht leben könne und plante deshalb eine Aufforstung. So sollten die Grundlagen für „arisches Leben“ geschaffen werden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde auf die Verbindung von Wald und Volk im öffentlichen Diskurs – abgesehen von Heimatfilmen – weitgehend verzichtet. Erst mit dem Waldsterben gelangten die romantisierten Waldbilder wieder vermehrt ins Bewusstsein der Öffentlichkeit. Seit der zunehmenden Präsenz neuer rechter Gruppierungen wie der IB und der Wiederentdeckung von Martin Heideggers Philosophie wird der Wald wieder verstärkt mythisch aufgeladen. Kategorien wie „Volk“ und „Raum“ werden diskutiert und damit menschenverachtende Konzepte wie der „Ethnopluralismus“ legitimiert.

In diesen Konzepten hat der Wald eine identitätsstiftende Wirkung in einer komplexen und sich wandelnden Welt. Bedürfnisse nach Identitätsfindungen sollten allerdings unabhängig von ge-

fährlichen Mythen wie „Verwurzelung“ und „Lebensräumen“ befriedigt werden, denn diese sorgen in letzter Konsequenz immer für Ausgrenzung und Diskriminierung.

Vernetzung statt Verwurzelung

Auch für die junge Frau im Wald sind ihre Waldbilder Selbstbilder. Auch sie verweist mit Bild und Wort auf die Notwendigkeit einer Verwurzelung des Menschen beziehungsweise des Volkes mit dem Raum. Die junge Aktivistin sucht nach Identität. Sie tut es öffentlich. Formsön. Ästhetisch. Kraftvoll. Und sie gibt Antworten, die dem Forderungskatalog der IB entsprechen: Heimatliebe, Patriotismus, Kampf dem Fremden. Ihre Bilder sind kein Zufall. Sie sind logisch und voller Kalkül. Denn Naturverbundenheit ruft in der Mehrheitsgesellschaft Sympathien hervor. Das ist gefährlich.

Für einen Gegenentwurf braucht es eine emanzipatorische und humanistische Bildungsarbeit im Natur- und Umweltschutz. Es müssen tragfähige Präventionskonzepte entwickelt und Aufklärungsarbeit geleistet werden. Hierfür braucht es auch eine verstärkte Netzwerkarbeit von Akteur_innen des Umweltschutzes, der Jugendbildungsarbeit und der Rechtsextremismusprävention. Wenn Wälder als Projektionsflächen dienen, dann müssen diese mit menschenbejahenden und demokratiefördernden Motiven besetzt werden.

*Yannick Passeick ist Bildungsreferent,
und Lukas Nicolaisen ist
Fachstellenleitung bei FARN*

FARN untersucht die historischen und aktuellen Verknüpfungen des deutschen Natur- und Umweltschutzes mit extrem rechten und völkischen Strömungen und bietet Information, Beratung und Qualifikation.

FARN wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert.

FARN c/o NaturFreunde Deutschlands
Warschauer Str. 58a/59a

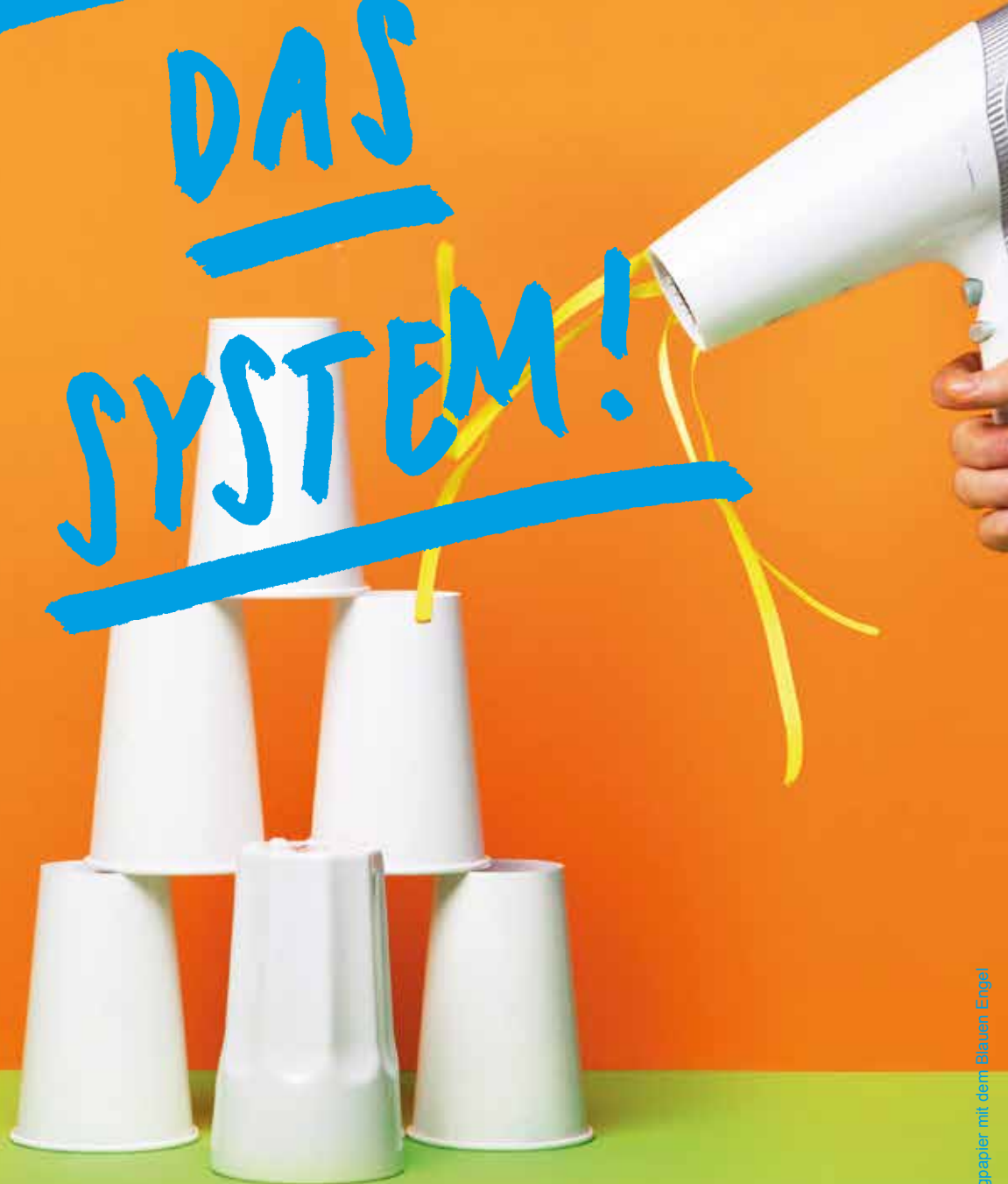
10243 Berlin

info@nf-farn.de

030 297732 - 68

#jederkenntdiealternative

STÜRZT DAS SYSTEM!



Damit Pappbecher, Verpackungen und Büropapier nicht zu einem unlösbaren Problem für Umwelt & Zivilisation werden, benutzt du sie am besten gar nicht erst. Alternativen kennt jeder: Porzellantassen, Pizza nicht im Karton anliefern lassen und zu Papier mit dem Blauen Engel greifen. So einfach ist das.

Unterstützen Sie ROBIN WOOD www.robinwood.de/spenden
oder rufen Sie uns an 040 380892-0

ROBIN WOOD
Gewaltfreie Aktionsgemeinschaft für Natur und Umwelt e.V.

föp 

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des  Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Gedruckt auf Recyclingpapier mit dem Blauen Engel

MüllBERG bei BackWERK?

Was die ROBIN WOOD-Kampagne erreicht hat – und was nicht

Seit mehr als anderthalb Jahre setzt sich ROBIN WOOD intensiv mit dem Thema Wegwerfbecher auseinander: Neben Informationsmaterialien und Öffentlichkeitsarbeit, neben Unternehmensbefragungen, einer Tagung und Workshops an Schulen und Unis, neben landespolitischen Runden (siehe auch ROBIN WOOD-Magazin 4/17) richteten wir uns an das Unternehmen Backwerk mit der Kampagne „Kein MüllBERG bei BackWERK“. Über ein Jahr nach der großen Kletteraktion und den Verhandlungen mit dem Unternehmen ist es nun Zeit für ein kleines Fazit: Hat sich die Kampagne gelohnt? Wurde eine deutliche Müllreduktion bei Backwerk erreicht?

Hier noch einmal die Vorgeschichte: Im Jahr 2016 hatte sich Backwerk als die größte von wenigen übriggebliebenen sogenannten „Selbstbedienungs-Bäckerien“ durchgesetzt. Über 300 Filialen gab es bereits in Deutschland. Der Unterschied zu einem normalen Bäcker: Belegte Brötchen und To-Go-Getränke stehen im Mittelpunkt. Und das bedeutet ganz schön viel Verpackung! Ein SB-Bäcker wie Backwerk gibt dabei statt Tellern Tablett mit untergelegtem Papier aus und statt Tassen nur Papierbecher. Mehrwegbecher zu benutzen, war nicht erlaubt. Deshalb suchten wir uns Backwerk aus: Als ein schnell wachsendes Unternehmen mit sehr viel Verpackungsmüll – vor allem auch bei Wegwerfbechern!

Mit einem Aktionstag startete die Kampagne: Aktivist*innen stellten sich in verschiedenen Städten vor die Backwerk-Filialen, sammelten Unterschriften und informierten die Passant*innen. Die Reaktion der Mitarbeitenden bei Backwerk: Von überrascht über angestrengt bis hin zu: „Das finde ich ja super!“. Doch auch nach weiteren Aktionstagen bewegte Backwerk sich nicht. E-Mails wurden ignoriert. So kam der Entschluss noch einen Schritt weiterzugehen. In der Weihnachtszeit 2016 wurden viele Menschen in Essen beim Bummeln auf dem Weihnachtsmarkt überrascht: Ein riesiges Banner hing von der Backwerk-Zentrale. Mit dabei ein ZDF-Kamerateam, das unsere Aktion für eine Sendung der Umweltdokureihe planet-e verwertete!

Endlich zur Übergabe der Unterschriften bereit: Der Geschäftsführer von Backwerk bei ROBIN WOOD in Hamburg

Und plötzlich ging es: Geschäftsführer Karl Brauckmann kam zu uns in die Bundesgeschäftsstelle. Dort übergaben wir ihm über 4.200 Unterschriften, die ROBIN WOOD-Unterstützer*innen überall gesammelt und uns geschickt hatten. Bei einem Vortrag informierten wir die Backwerk-Leitung dann über all die Probleme, die mit Wegwerfbechern zusammenhängen: Von der fehlenden Möglichkeit sie zu recyceln bis zu ihrer schieren Zahl – geschätzt mehr als sechs Milliarden Papierbecher im Jahr! Dann begannen die Verhandlungen, und die Umsetzung der Ergebnisse, welche über ein Jahr von uns beobachtet wurde. Was kam dabei heraus?

Backwerk änderte seine Politik und erlaubt nun der Kundschaft eigene Mehrwegbecher mitzubringen. Nach langer Bedenkzeit erklärten sie dann, dass sie in allen größeren Filialen zukünftig Tassen für die sitzenden Gäste anbieten wol-

len: Aus Sicht von ROBIN WOOD eine Selbstverständlichkeit – und trotzdem in diesem Fall ein kleiner Fortschritt. Zuletzt erklärten sie auch, dass es ab Mitte 2018 überall Rabatte auf die Befüllung eigener Mehrwegbecher geben soll.

Was aber wurde bei Backwerk noch nicht erreicht? Nach wie vor nutzen fast alle Gäste die Papierbecher. Oft werden die Tassen, wenn es sie gibt, von den Kund*innen kaum wahrgenommen. Die Tablettpapiere, die direkt nach dem Gang an die Kasse wieder weggeschmissen werden, bleiben eine riesige Verschwendung. Nicht einmal unterschiedliche Bechergrößen wollte Backwerk einführen. Und nach einem von uns geforderten Test, entschied Backwerk sich dann auch gegen die Einführung von Tellern in ihren Geschäften.

*Jannis Pfendtner, Hamburg
wald@robinwood.de*



Foto: ROBIN WOOD

Soja – So nicht!

Die neue Studie von Mighty Earth zeigt, dass immer noch tausende Hektar Urwald für den Anbau von Futtersoja gerodet werden.



Foto: Jim Wickens/Ecostorm via Mighty Earth

Kein Tropenwald im Futtertrog!

Foto: doreen.kellermannpixelio.de



Foto: Jim Wickens/Ecostorm via Mighty Earth

Nachdem vor allem im Amazonas Regenwald Raubbau fürs Soja betrieben wurde, wird jetzt im südamerikanischen Cerrado und Gran Chaco Urwald für unsere Futtermittel gerodet

Die Studie von Mighty Earth „Die vermeidbare Krise: die Umweltkatastrophe der deutschen Fleischindustrie“ von Ende März 2018 zeigt, dass trotz zahlreicher Siegel und Selbstverpflichtungen der deutschen Futtermittel- und Fleischindustrie, sowie der großen Handelsketten in Südamerika immer noch tausende Hektar Urwald für den Anbau von Futtersoja gerodet werden. Ein großer Teil davon fließt in die deutsche Produktion von Fleisch, Milch und Eiern.

Das ROBIN WOOD-Magazin berichtete bereits in der letzten Ausgabe (136/1.2018) über Tropenwaldzerstörung für Soja in Südamerika, insbesondere im Cerrado-Gebiet. Nun veröffentlichte unsere Partnerorganisation Mighty Earth eine neue Studie über die Waldvernichtung für Futtersoja. In dieser geht es vor allem um die Auswirkungen auf die Trockenwälder des Gran Chaco, ein Gebiet, das den Norden Argentiniens, den westlichen Teil Paraguays und den Südosten von Bolivien umfasst.

Der Chaco ist nach dem Amazonas das zweitgrößte noch zusammenhängende Waldgebiet in Südamerika mit hoher

Artenvielfalt. Die bisherigen Waldschutzmaßnahmen, das Sojatoratorium von 2006, beschränkt sich auf den brasilianischen Amazonas Regenwald. Dies führt zu einem verstärkten Entwaldungsdruck in anderen Soja produzierenden Regionen wie dem Cerrado und dem Gran Chaco. Am deutschen Teil der Studie, der eine Befragung der größten deutschen Futter- und Fleischproduzenten sowie die größten Einzelhandelsketten umfasst, wirkte ROBIN WOOD mit.

Die Studie dokumentiert mit umfangreichen Video- und Bildmaterial eindrücklich, dass für die deutsche Tierproduktion noch immer Wälder abgeholzt

werden. Sie geht aber auch ausführlich auf die gesundheitlichen Auswirkungen und sozialen Konflikte im Zusammenhang mit den riesigen Monokulturen ein. Da das Klima für den Sojaanbau in den Trockenwaldregionen nicht ideal ist, wird dort besonders häufig gentechnisch verändertes Soja angebaut. Dies benötigt besonders große Mengen an chemischem Dünger und giftigen Pestiziden, wie dem Pflanzenschutzmittel Glyphosat. In Folge dessen findet eine großflächige Verunreinigung der Gewässer statt. Die Mitglieder der lokalen Gemeinden berichten immer wieder über einen Anstieg von Geburtsdefekten, Krebs und Atemwegserkrankungen.



Fotos: Jim Wickens/Ecostorm via Mighty Earth

Monotonie für Soja: Nur ein einzelner Baum hat den Raubbau überstanden, jetzt wird auf den endlosen, freigeräumten Flächen Soja für Futtermittel angebaut

Deutschland ist mit 3,7 Millionen Tonnen Sojabohnen und Sojamehl einer der wichtigsten Importeure von Soja aus Südamerika. Das ist mehr als die Hälfte der Soja-Gesamtimporte von 6,3 Millionen Tonnen. Das Land, das benötigt wird, um allein die Sojabohnen für

Deutschland anzubauen, entspricht der Größe von Mecklenburg-Vorpommern, nämlich ca. 2,6 Millionen Hektar. Die Lieferkette des Raubbau-Sojas vom Feld bis in die Fleischtheke zu verfolgen, ist ein sehr schwieriges Unterfangen: Kaum ein Beteiligter möchte reden. Die

Besitzverhältnisse von örtlichen Unternehmen oder Lagerstätten sind meist unklar. Die Großkonzerne, die das Soja weltweit handeln, haben keine direkten Mitarbeiter*innen vor Ort. Die Zulieferung erfolgt meist über Drittfirmen. Mighty Earth konnte lediglich starke Indizien dafür sammeln, an welche Großkonzerne das meiste Raubbau-Soja fließt.

Bei ihren Vor-Ort-Recherchen nannten die örtlichen Handelsvertreter*innen immer wieder die US-amerikanischen Firmen Bunge und Cargill als Hauptkäufer. Mit diesen Vorwürfen konfrontiert, antwortete Cargill, es sei sehr unwahrscheinlich, dass seine Silos von den von Entwaldungen besonders betroffenen Orten und Betrieben beliefert würden. Bunge gab an, über gar keine Aufzeichnungen der Ankäufe von entsprechenden Betrieben zu verfügen.

Frankreich geht in Europa voran: Das Land hat 2017 eine nationale Strategie entwickelt, die sicherstellen soll, dass importierte Waren wie Palmöl und Soja keine Abholzung zur Folge haben



Wohlgemerkt: Beide Firmen haben sich öffentlich zu einer entwaldungsfreien Lieferkette verpflichtet. Ein Versprechen, das ohne eine transparente und lückenlose Rückverfolgbarkeit bis zum Feld lediglich ein Lippenbekenntnis ist. Auf die Frage nach der Rückverfolgbarkeit gaben weder Cargill noch Bunge Antworten, die zeigen würden, dass diese Unternehmen vollständig Kenntnis darüber haben, wo und wie ihre Produkte hergestellt wurden (siehe: <http://www.mightyearth.org/avoidablecrisis/del>)

Weder Cargill noch Bunge geben Auskunft, wo ihre Produkte herkommen

ROBIN WOOD und Mighty Earth wollten sich auch die Situation in Deutschland genau ansehen. Zu Beginn dieses Jahres haben wir in einer großen schriftlichen Befragung die wichtigsten Futtermittel-, Fleisch- und Milchproduzenten sowie die größten Einzelhandelsketten über deren Systeme der Rückverfolgung und Nachhaltigkeit befragt. Zahlreiche Unternehmen gaben an, über Strategien zur Sicherstellung der Nachhaltigkeit bei ihrer Sojabeschaffung zu verfügen und auf die entwaldungsfreie Herkunft zu achten. Jedoch war kein einziges Unternehmen bereit oder in der Lage, die Herkunft seines Sojas vollständig offenzulegen und ein lückenloses System der Rückverfolgbarkeit zu belegen.

Nur ein einziger Futtermittelproduzent hat uns gegenüber zumindest zwei seiner Sojaerzeuger offengelegt. Besonders miserabel war die Antwortbereitschaft bei den Fleischproduzenten. Trotz mehrmaliger telefonischer Nachfragen, haben uns nur zwei von zehn Fleischproduzenten überhaupt geantwortet.

Hier zeigen sich deutlich die Probleme, die bei allen freiwilligen Selbstverpflichtungen und Zertifizierungssystemen auftauchen: Sie können nicht umfassend und unabhängig kontrolliert werden. Denn dafür müssten die Lieferketten lückenlos rückverfolgbar und transparent sein. Und es gibt keine wirksamen Sanktionsmechanismen, für den Fall dass die Unternehmen ihre Selbst- und Transparenzverpflichtung nicht einhalten. Bisher existieren keine gesetzlichen



Die Produzenten waren gegenüber ROBIN WOOD und Mighty Earth nicht besonders auskunftsfreudig, dabei müssten Lieferketten lückenlos nachvollziehbar sein

Anforderungen, dass die Firmen die Herkunft der Sojabohnen dokumentieren oder einen Legalitätsnachweis erbringen müssen.

Nur wenige Bioverbände schließen Importe von Überseefutter aus

Bisher garantieren nur wenige Bioverbände wie Demeter und Bioland, sowie das Fleischsiegel-Neuland die entwaldungsfreie Herkunft ihrer Produkte, indem sie den Import von Überseefutter ausschließen. Weit verbreitete Siegel wie das RTRS (Round Table on Sustainable Soy) legen hingegen nur minimale Umwelt- und Sozialstandards fest und sind ungeeignet, Entwaldung und Raubbau für Soja zu stoppen.

Prognosen zufolge wird die Nachfrage nach Soja weiter zunehmen. Entschärfen werden sich die Probleme in Südamerika erst, wenn auch die Nachfrage nach Soja nicht immer weiter steigt. Dafür ist auch eine deutliche Reduktion der Tierproduktion hier bei uns in Europa nötig. Und über kurz oder lang muss die Tierproduktion ganz ohne Futterimporte aus Übersee auskommen. Dafür brauchen wir Ansätze, die die regionale Versorgung mit Futtermitteln sicherstellen. Solange aber hierzulande Soja aus den

Tropen verfüttert wird, brauchen wir, möglichst auf EU-Ebene, einen gesetzlichen Rahmen, der die Rückverfolgung vom Sojafeld über den Futtertrog bis in die Fleischtheke transparent sicherstellt.

Hoffnung gibt hier eine Gesetzesinitiative in Frankreich: 2017 entwickelte Frankreich eine nationale Strategie, um in Zukunft gewährleisten zu können, dass seine importierten Waren wie Palmöl und Soja keine Abholzung zur Folge haben. Alle Unternehmen mit über 10.000 Mitarbeiter*innen müssen eine Risikobewertung vornehmen, sowie über Umwelt- und Sozialschäden in ihren Lieferketten – einschließlich der Subunternehmer und Lieferanten weltweit – Bericht erstatten und diesbezüglich Maßnahmen ergreifen.

Mehr Infos: <https://www.robinwood.de/kampagnen/kein-tropenwald-im-futtertrog>

Tina Lutz, ROBIN WOOD-Tropenwaldreferentin in Hamburg, tropenwald@robinwood.de

Die eindrucksvollen Bilder für diesen Beitrag wurde uns von unserer Partnerorganisation Mighty Earth zur Verfügung gestellt. Herzlichen Dank!



Foto: Mario Graul

Braunkohleabbau zerstört Natur und gesellschaftliches Leben: Vom Dorf Heuersdorf konnte nur die mittel-alterliche Emmauskirche gerettet werden. Sie wurde 2007 nach Borna umgesetzt.



Foto: BUND Sachsen/Carola Kunze

Entgegen früherer Zusagen sollen die Dörfer Pödelwitz und Obertitz dem Tagebau weichen. Rund 300 Menschen zogen im November 2017 am Tagebau Vereinigtes Schleenhain eine Rote Linie gegen die Braunkohle

Wie in Gallien: Zwei Dörfer wehren sich

Idyllisch eingebettet in die umliegenden Felder liegt der Ort Pödelwitz - alte Bauernhäuser, einige Mehrseithöfe und in der Mitte ein kleiner Dorfplatz mit alten, Schatten spendenden Bäumen. Nur vier Kilometer entfernt, erreichbar über eine Landstraße mit Apfelbäumen, liegt Obertitz. Geht es nach der Mitteldeutschen Braunkohlengesellschaft mbH (MIBRAG) soll die Geschichte dieser beiden alten Dörfer nach 700 Jahren enden.

Das Geschehen an diesen Orten klingt nach einem Asterix-Comic: zwei kleine Dörfer, deren Existenz bedroht ist, und die sich gegen einen übermächtigen Gegner zu Wehr setzen müssen. Pödelwitz und Obertitz sollen der Erweiterung des Braunkohletagebaus Vereinigtes Schleenhain weichen. Eine inzwischen nur noch sehr kleine Gruppe Einheimischer kämpft seit Jahren um den Erhalt ihrer Dörfer und hat es dabei mit großen Gegenspielern zu tun.

Die Bevölkerung von Pödelwitz soll 2028 zwangsumgesiedelt werden, die Häuser abgerissen und das alte Dorf von der Landkarte verschwinden. Derzeit leben noch ca. 30 von ursprünglich etwa

130 Menschen im Dorf. Alle anderen Bewohner*innen wurden bereits umgesiedelt. Viele der alten Bauernhäuser stehen unter Denkmalschutz. Für deren Umbau gibt es strenge Richtlinien. Ihr Abriss hingegen bereitet keinem Amt Kummer.

Wahrzeichen und weithin sichtbar ist die im 13. Jahrhundert erbaute Kirche des Dorfes. Bis 1997 hatte das Dorf Pödelwitz noch einen eigenen Bahnanschluss. Nachdem der Bahnbetrieb eingestellt wurde, steht der Bahnhof verlassen da. Lange Zeit wurden im Dorf keine Sanierungsarbeiten mehr durchgeführt, viele Häuser verfallen und verbreiten eine geisterhafte Stimmung. Im Frühjahr 2017 ließ Greenpeace drei der Häuser restaurieren. Unter dem Druck der Öffentlichkeit sah sich die MIBRAG im Dezember 2017 dazu gezwungen, selbst Erhaltungsarbeiten durchzuführen, um ihrer Eigentümerpflicht und den Forderungen des Denkmalschutzes nachzukommen.

Pödelwitz ist umgeben von Braunkohletagebauen. In direkter Nachbarschaft liegt akustisch und emissionstechnisch spürbar das Abbaufeld Schleenhain, ein Stück weiter im Norden das Abbaufeld Peres. Im Südwesten soll in den nächsten Jahren der Ort Obertitz dem Abbaufeld Grotzischer Dreieck weichen.

Bereits 50.000 Menschen zwangsumgesiedelt

Der gesamte Tagebau heißt Vereinigtes Schleenhain. Etwa 20 Kilometer weiter westlich – fast schon in Sachsen-Anhalt – liegt Profen, ein weiterer großer Tagebau. Mit dem kleinen Tagebau bei Arnsdorf zusammen wird es das Mitteldeutsche Revier genannt. Über 125 Orte und Ortsteile mussten ihm weichen, dabei wurden inzwischen schon über 50.000 Menschen zwangsumgesiedelt. In dem Tagebau Vereinigtes Schleenhain wer-

den jährlich etwa elf Millionen Tonnen Kohle gefördert, in Profen etwa neun Millionen Tonnen. Die Kohle verfügt mit 9,7 bis 11,1 MJ/kg über einen höheren Brennwert als die Lausitzer Kohle mit 7,3 – 9,1 MJ/kg. Sie hat jedoch einen deutlich höheren Schwefelgehalt. Über Förderbänder wird die Kohle aus dem Vereinigten Schleenhain in das fünf Kilometer entfernte Kraftwerk Lippendorf transportiert.

Dieses 933 MW Kraftwerk wurde im Jahr 2000 vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder eingeweiht und ist mit seinen zwei Kühltürmen vielerorts von Leipzig aus sichtbar. Es besteht aus zwei Blöcken, von denen einer der tschechischen Energieholding EPH (Energetický a Průmyslový Holding) und einer der EnBW gehören. Einer Greenpeace-Studie zufolge lassen sich über 2000 verlorene Lebensjahre jährlich direkt auf die schädlichen Emissionen des Kraftwerks zurückführen. Laut Europäischer Umweltagentur sorgen die Emissionen für Schadenskosten von bis zu 1.107 Millionen Euro.

Blühender Protest: Osterglocken wurden in Form eines X gepflanzt



Foto: BUND Sachsen

MIBRAG: Die Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft mbH betreibt die Tagebaue Vereinigtes Schleenhain und Profen. Seit 2009 gehört sie zur tschechischen Industrieholding EPH, zu der auch die Lausitzer LEAG gehört. Besorgniserregend ist, dass nach der Übernahme der MIBRAG die Rückstellungen für die Folgekosten der Tagebau um fast die Hälfte reduziert wurden. Es ist anzunehmen, dass sich die EPH aus ihrer Verantwortung stiehlt, sobald der Abbau nicht mehr lukrativ ist und die Folgekosten dem Steuerzahler überlässt.

Die Versorgung des Kraftwerks wurde bei der Inbetriebnahme durch die geplante Auskohlung der Tagebaue Vereinigtes Schleenhain und Profen bis 2040 sichergestellt. Aus wirtschaftlichen Gründen – vermutlich aufgrund der Lage und der möglicherweise teureren Transporte aus Profen – bevorzugt der Betreiber die Versorgung des Kraftwerkes alleine durch Vereinigtes Schleenhain. Hierfür erreichte die MIBRAG eine Umsiedlung des Ortes Heuersdorf, um die darunterliegende Kohle abbauen zu können. Gegen langanhaltenden Widerstand der Bewohner*innen hat das Sächsische Verfassungsgericht 2005 in letzter Instanz entschieden, dass die im Heuersdorfgesetz festgelegte Devastierung rechtmäßig und für die Befuerung des Kraftwerkes notwendig sei. Obwohl die Kohle einen schlechten Brennwert hat, wurde der Ort in den Jahren 2006 bis 2010 zerstört.

Mit dem Abriss von Heuersdorf wurde zugesichert, dass andere Dörfer, darunter Pödelwitz und Obertitz, erhalten bleiben. Die Empörung war groß als die MIBRAG 2012 begann, die Kohle nach Tschechien zu liefern und nicht wie vorgesehen im Kraftwerk Lippendorf zu verbrennen. Für die Versorgung des Kraftwerkes war scheinbar doch nicht die gesamte vorhandene Kohle vonnöten. Dank großer Proteste wurde die Exportpraxis Ende

2015 wieder eingestellt. Aus dem Tagebau Profen wird das Kraftwerk Schkopau mit Kohle versorgt. Dieses Kraftwerk gehört der EPH und Uniper. Laut Greenpeace ist Schkopau das zehntdreckigste, Lippendorf das drittdreckigste deutsche Kohlekraftwerk.

Die verbleibende Bevölkerung leistet Widerstand

Die Menschen, die im Rahmen der Umsiedlungsbestrebungen noch nicht weggezogen sind, kämpfen um ihr Dorf, ihre Heimat. In den 1970er Jahren gab es bereits Umsiedlungen und einige der Zwangsumgesiedelten wurden in ein Dorf umgezogen, das vom Braunkohletagebau verschont bleiben sollte: nach Pödelwitz. Da nun Pödelwitz doch abgebagert werden soll, gründeten die Bleibewilligen im Frühjahr 2013 die Bürgerinitiative „Pro Pödelwitz“. Diese setzt sich für den Erhalt des Ortes ein, versucht den mächtigen Gegnern standzuhalten und sucht nach rechtlichen Möglichkeiten, sich gegen das aus der NS-Zeit stammende und alles übertrumpfende Bergrecht zu wehren.

Unterstützt wird die Bürgerinitiative von der Initiative 'Pödelwitz bleibt', einem Zusammenschluss verschiedener Akteure aus dem Leipziger Raum. ROBIN WOOD ist seit Beginn Teil dieses Bündnisses.

Mit regelmäßigen Aktionen wird auf die Situation in Pödelwitz aufmerksam gemacht: Im November letzten Jahres gab es eine Rote-Linie Aktion mit ca. 300 Teilnehmer*innen, bunte Wimpel mit Botschaften aus dem gesamten Bundesgebiet schmückten das Dorf. Neben der Kirche wurden 1000 Osterglocken als großes, gelb leuchtendes X in die Erde gepflanzt.

Am 27. Mai 2018 führt eine Radtour von Leipzig entlang ehemaliger Kohleindustriestandorte bis nach Pödelwitz, wo auch zum ersten Mal ein großes Klimacamp stattfinden wird: Das Klimacamp Leipziger Land vom 28. Juli bis 05. August. Dann wird Pödelwitz wieder zu einem richtigen Dorf: 500 bis 1000 Menschen werden sich acht Tage lang in Workshops und gemeinsamem Austausch mit Visionen einer sozial-ökologischen Transformation beschäftigen. Es gilt, die Anwohner*innen durch Aktionen und ein buntes Camp zu unterstützen und damit ein Zeichen gegen die unzeitgemäße Energiepolitik und die Profitgier der MIBRAG zu setzen.

Je mehr Menschen sich für Pödelwitz einsetzen, ihre Kritik an der Energiepolitik öffentlich kundtun und laut ihre Stimme gegen Braunkohle erheben, desto größer sind die Chancen, dass die gallischen Dörfer im Leipziger Süden überleben können. Denn leider kommen Asterix und Obelix mit ihrem Zaubertrunk nur im Comic vor. In unserer Welt braucht es Widerstand, zivilen Ungehorsam und ein breites Bündnis. Aber gemeinsam können wir es schaffen, Obertitz und Pödelwitz zu retten und der klimaschädigenden Braunkohle ein Ende zu setzen.

Wenn auch Du Dich für Pödelwitz und Obertitz einsetzen möchtest, dann komm doch mal zu einem Plenum der Leipziger ROBIN WOOD-Gruppe, die sich jede zweite Woche mittwochs trifft. Die Gruppe hat sich Anfang 2018 gegründet und bereits mehrere Aktionen durchgeführt und bereitet auch das Klimakamp Leipziger Land vor.

Infos zu Treffen und Aktionen unter: leipzig@robinwood.de

**Jonathan Schultz, ROBIN WOOD
Leipzig**

ROBIN WOOD beteiligt sich am Protest gegen Waldzerstörung und Zwangsumsiedlung für Braunkohlegewinnung



Foto: Jonathan Schultz

No Coal!

Widerstand gegen Kohle in Großbritannien

Nicht nur in Deutschland wird die Anti-Kohle Bewegung immer sichtbarer. Auch auf den Britischen Inseln gibt es vielfältigen und ausdauernden Widerstand gegen Kohle. Anfang der Zweitausender Jahre gab es hier die ersten Klimacamps gegen Kohlekraftwerke. Gegen die britischen Kohle-tagebaue gibt es starken Protest.

2016 besetzten Klimaaktivist*innen gemeinsam mit lokalen Anwohner*innen die größte britische Kohlemine Fos-y-Fran in Wales für zwei Tage. Mehrere neue Tagebauvorhaben konnten schon erfolgreich verhindert werden. Ende 2017 kündigte die Britische Regierung an, bis 2025 aus der Kohle auszusteigen. Es gibt also viele Erfolge zu feiern – doch das Thema Kohle ist auch in Großbritannien noch nicht gewonnen!

Der aktuelle Brennpunkt in Großbritannien befindet sich im Nord-Osten Englands, in Bradley, County Durham. Seit über dreißig Jahren wehrt sich die lokale Bevölkerung gegen die Eröffnung eines neuen Braunkohletagebaus im Tal Pont Valley. Nachdem der Antrag des Bergbauunternehmens von mehreren Instanzen abgelehnt worden war, kam es im Juni 2015 bei einem zweiten Referendum doch zu einem positiven Bescheid. Schon zu diesem Zeitpunkt war absehbar, dass der britische Kohletagebau wirtschaftlich nicht mehr rentabel ist und die Kohlekraftwerke vom Netz gehen werden. Das antragsstellende Unternehmen hatte bereits Konkurs anmelden müssen. So gab es begründete Hoffnung, dass es nie zu der tatsächlichen Erschließung der Mine käme.

Umso größer war der Schock als die Banks Group, die schon zwei Tagebaue in der Region betreibt, ankündigte, Anfang 2018 mit der Erschließung der Mine zu beginnen. Das Bergbauunternehmen will schnell handeln, denn am 3. Juni 2018 läuft die Planungsgenehmigung aus. Pont Valley ist nicht die einzige Kohlemine in Großbritannien, die trotz



Foto: Pont Valley Protection Camp

Trotz beschlossenen Kohleausstiegs wird in Großbritannien die Erschließung neuer Minen genehmigt. Der Protest gegen die Kohlenutzung muss weiter gehen

des beschlossenen Kohleausstiegs noch erschlossen werden soll. Allerdings scheint die tatsächliche Umsetzung der Pläne für die Unternehmen immer schwieriger zu werden. Anfang 2018 wurden zwei Tagebauprojekten die Genehmigung entzogen bzw. nicht erteilt, wobei erstmals neben der Zerstörung lokaler Lebensräume und archäologischer Stätten auch die klimaschädliche Wirkung der Kohle als Begründung angeführt wurde.

Entschlossene Kohlegegner*innen in Bradley ließen sich durch die britische Anti-Kohle Organisation The Coal Action Network dazu inspirieren, einen Aktionsplan zu entwickeln, um das Minenprojekt im letzten Moment zu stoppen. Während Wetterlagen in der Arktis für ungewöhnlich frostige Temperaturen in England sorgten, kamen Menschen sogar aus dem Hambacher Forst, um der Bevölkerung in Bradley im Kampf gegen den Tagebau den Rücken zu stärken. Eine Woche mit Workshops und Trainings wurde organisiert, um sich gemeinsam für eine Besetzung des geplanten Minenareals vorzubereiten. Zeitgleich begann die Banks Group mit den ersten vorbereitenden Fäll- und Straßenbauarbeiten. Trotzdem errichteten Anwohner*innen und ihre

Unterstützer*innen direkt im Anschluss an die Workshop-Woche ein Protestcamp in Bradley. Seitdem das Camp vor Ort ist, wurden die Bauarbeiten eingestellt.

Das Protestcamp erfährt sowohl lokal als auch national große Unterstützung. Als Anlauf- und Informationspunkt hat es die lokale Debatte um den geplanten Tagebau beeinflusst und gibt Menschen die Möglichkeit, gegen die Mine aktiv zu werden. Viele der Aktiven haben als Kinder auf dem Gebiet der geplanten Mine gespielt oder Wildtiere beobachtet. Medienberichte haben den Protest gegen die Mine auch über die Region hinweg bekannt gemacht. Das Pont Valley Camp ist ein wichtiger Teil der Auseinandersetzung um das Ende der Kohle in Großbritannien geworden. Die Aktivist*innen vor Ort sind entschlossen, das Camp so lange aufrecht zu erhalten, bis die Genehmigung für die Mine zurückgezogen wird oder Anfang Juni ausläuft – und freuen sich bis dahin über Besuch!

Weitere Informationen:
www.coalaction.org.uk

Anne Harris, Coal Action Network



Foto: BI Umweltschutz Lüchow Dannenberg

Der Kampf gegen das geplante französische Endlager wird deutschlandweit unterstützt

Die Bruchlinien von Cigéo

Der Plan, im französischen Bure ein Atommüll-Endlager einzurichten, stößt auf entschlossenen Widerstand

Die französische Regierung will in Bure, Lothringen, ein atomares Endlager für hoch- und mittel-radioaktiven Atommüll in tiefen geologischen Schichten errichten. Der Bauantrag für Cigéo soll 2019 gestellt werden, doch die ersten Vorarbeiten haben bereits begonnen. Gleichzeitig regt sich Widerstand gegen das umstrittene Projekt.

Vorläufiger Höhepunkt der Auseinandersetzungen in Bure ist der Kampf um das Waldgebiet Bois Lejuc. Die französische Atomenergiebehörde Andra startete 2016

überraschend die Bauarbeiten im Wald, obwohl sie dafür weder eine Rodungs- noch eine Baugenehmigung besaß. Die Projektgegner*innen reagierten prompt: Sie besetzten Teile des Waldes und erwirkten vor Gericht einen Baustopp. Außerdem zerstörten sie in einer gemeinsamen Aktion eine Mauer, die Andra um den Wald herum baute. Seit dem 1. August 2016 ruhen die Bauarbeiten im Wald. Die Besetzung hingegen wurde im Laufe der Zeit zunehmend größer. Die „Eulen“ von Bure, wie die Waldbesetzer*innen genannt werden, sind

zum Symbol des Widerstandes gegen das atomare Endlager geworden. Am 22. Februar dieses Jahres rückte die französische Militärpolizei mit einem großen Aufgebot in den Wald und räumte die Waldbesetzung ohne Vorwarnung und ohne Rechtsgrundlage. Doch weder die „Eulen“, noch die anderen Gegner*innen des Projektes geben sich geschlagen. Denn es gibt zahlreiche Gründe gegen Cigéo zu kämpfen.

Bereits seit 25 Jahren arbeitet die Andra daran, Akzeptanz für ein Endlager in Bure zu schaffen. In einem Projekt von gigantischen Ausmaßen sollen hier 80.000 m³ mittel- und hochradioaktiver Abfall unterirdisch eingelagert werden. Kritiker*innen sehen in dem Endlager eine massive Gefahrenquelle für Mensch und Umwelt. Dem Geologen Antoine Godinot zufolge ist das Gestein so instabil, dass schon beim Graben Risse entstehen könnten. Andere unabhängige Wissenschaftler*innen betonen, dass das Explosions- und Brandrisiko nicht ausreichend berücksichtigt wurde. So können unter anderem durch die Einwirkung der ionisierten Strahlung auf das wasserhaltige Gestein und die Korrosion der Fässer, große Mengen Hydrogen entstehen. Der

Die Polizei kontrolliert und überwacht die betroffene Bevölkerung



Foto: vmc.camp

Gasdruck trägt zur Rissbildung bei und birgt enorme Explosionsgefahren – ein kleiner Funke reicht für eine Katastrophe. Selbst die atomare Aufsichtsbehörde ASN sieht diese Gefahren. Sie fordert die Andra auf, ihr Konzept noch vor Beantragung der Baugenehmigung zu verbessern.

Die Gegend um Bure ist strukturschwach und dünn besiedelt. Zahlreiche Politiker*innen ließen sich daher von dem Geld locken, das die Atommüllproduzenten den Kommunen anboten. Derzeit erhalten die betroffenen Départements Meuse und Haute Marne jeweils 30 Millionen Euro jährlich. Die Kommunen in einem Umkreis von zehn Kilometern erhalten zudem durchschnittlich 500 Euro pro Einwohner*in und Jahr. In den letzten Jahrzehnten erfolgte eine schleichende Atomifizierung der Gegend: Seit 1999 arbeitet hier ein Forschungslabor der Andra. Des Weiteren wurden errichtet: Archive der Atomindustrie, Standorte für die Wartung von AKW-Bauteilen, ein Umschlagplatz für AKW-Bauteile und AKW-Brennstoff in Void-Vacon und eine Anlage zur Dekontaminierung verstrahlter Arbeitskleidungen.

Dank der langjährigen Arbeit von Bürgerinitiativen hat die Auseinandersetzung um Cigéo in Frankreich zu einem wachsenden Bewusstsein für die Atommüll-Problematik geführt. Seit über 20 Jahren geben die Initiativen Studien in Auftrag, veröffentlichten Analysen und Berichte und organisieren Konferenzen mit kritischen Wissenschaftler*innen. Sie decken die schleichende Atomifizierung der Region und die Machenschaften der Regierung, die mit Geldsegen und Stimmungsmache Akzeptanz für das Endlager schaffen will, auf.

Die Regierung fürchtete eine dauerhafte Verankerung des direkten Widerstandes vor Ort und geht gewaltsam und mit zunehmender Repression dagegen vor. Die Dauerstationierung der Militärpolizei in der Gegend, die Überwachung mittels Hubschrauber, Straßensperren und -kontrollen, Polizeigewalt, Hausdurchsuchungen, Demonstrationsverbote, Verhaftungen und Prozesse gehören inzwischen zum Alltag der Projektgegner*innen. Aber auch die Bevölkerung vor Ort ist direkt betroffen: „Die Polizei kontrolliert und überwacht alles. Wir haben kein

Leben mehr. Aber was sollen wir dagegen tun? Sie haben die Waffen, wir haben nur unsere Höfe“, erzählt ein älterer Bauer aus Bure.

Das Vorgehen der Polizei ist dabei häufig überzogen oder auch gefährlich. Bei einer Demonstration am 15. August 2017 gab es mehrere durch Polizeigranaten schwer verletzte Demonstrant*innen. Eine aus ca. 100 Metern Entfernung abgefeuerte Granate verursachte einen ca. 50 Zentimeter großen Krater im Ackerboden. Ein Aktivist verlor dabei einen Fuß. Anfang 2018 wurde die erste Gefängnisstrafe gegen einen Aktivist verhängt. Er soll Widerstand geleistet haben, als er bei einer Hausdurchsuchung früh morgens gewaltsam von Beamten aus seinem Bett geholt wurde. Eine ganze Reihe von Prozessen stehen noch aus – unter anderem gegen einen Projektgegner, dem Verstoß gegen das Waffengesetz vorgeworfen wird, weil bei der Kontrolle seines Fahrzeuges ein Tortenheber, zwei Taschenmesser und eine Kabeltrommel gefunden wurden.

Doch die Projektgegner*innen lassen sich nicht einschüchtern. Im Gegenteil: Die zunehmende Repression in und um Bure hat den Widerstand erstarben lassen und in ganz Frankreich bekannt gemacht. Auf die zunehmende staatliche Repression antwortet die Anti-Atom Bewegung mit Solidarität. Nach Hausdurchsuchungen in verschiedenen Häusern in Bure im September 2017 wurden dezentrale Unterstützungskomitees gegründet. Nach der Räumung der Waldbesetzung am 22. Februar 2018 gab es vor Ort neue Besetzungen. In ganz Frankreich fanden über 70 Solidaritäts-Kundgebungen vor den Präfekturen statt und zeigten „Bure ist überall!“. Aktuell wird zu einer Großdemonstration in Bure am 16. Juni 2018 mobilisiert.

Auch die Anti-Atom Bewegung in Deutschland ist solidarisch. Im Wendland hat sich ein Unterstützungskomitee gegründet. Es gibt eine offene deutsche, bundesweite Mailingliste zum Austausch von Informationen, wo auch Du Dich eintragen kannst.

Cécile Lecomte

Die Autorin steht gerne für einen Vortrag über Bure in deiner Stadt zur Verfügung. Deine Anfrage sende bitte an: vortrag@eichhoernchen.fr



Protest der Eulen: Die Waldbesetzung wurde im Februar ohne Rechtsgrundlage geräumt

Weitere Informationen:

- <http://de.vmc.camp>
- Mailingliste: <https://lists.nirgendwo.info/mailman/listinfo/atomklo-bure>
- „L’opposition citoyenne au projet Cigéo“ sous la direction de Pierre Ginot, Géographe, Edition L’Harmattan, ISBN 978-2-343-11881-9

Gigantischer Irrweg – Cigéo in Zahlen

- 80.000 m³ mittel- und hochradioaktiver Atommüll sollen eingelagert werden. Das entspricht 3% des Volumens und 99% der Radioaktivität des bis heute in Frankreich produzierten Atommülls
- Der Atommüll soll in 500 Meter Tiefe in einer wasserhaltigen Tonschicht des Callovo-Oxfordien eingelagert werden.
- Das Lager soll 100 bis 120 Jahre lang betrieben werden. Jährlich sind 100 Castortransporte à 10 Castoren geplant, so dass durchschnittlich alle 80 Minuten ein LKW in das Lager hinunter fahren würde.
- Die oberirdischen Anlagen sollen 680 Hektar in Anspruch nehmen.
- Acht Millionen Kubikmeter Gestein sollen für das Lager ausgeschachtet werden. Die Befestigung der unterirdischen Gänge erfordert Millionen Tonnen Stahl und 275.000 m³ Beton.
- Die Regierung hat für Cigéo 25 Milliarden Euro veranschlagt. Der Rechnungshof hält dagegen 41 Milliarden Euro für realistisch – ohne Unfall!

#verpackungvernichtet

**AUSGE
LIEFERT!**



© Robin Wood / Greenpeace

Das ist Plastikverpackung, Verpackungen und Biotoppapier nicht zu einem nachhaltigen Problem für Umwelt & Klimawandel werden, benutzt du sie am besten gar nicht erst. Alternativen bietet jeder: Porzellantassen, Pizza nicht im Karton anliefern lassen und zu Papier mit dem Blauen Engel greifen. So einfach ist das.

Unterstützen Sie ROBIN WOOD www.robinwood.de/spenden oder rufen Sie uns an 848 38892-0

ROBIN WOOD **föp**

#unrecyclebar

**BLOODY
MESS!**



© Robin Wood / Greenpeace

Das ist Plastikverpackung, Verpackungen und Biotoppapier nicht zu einem nachhaltigen Problem für Umwelt & Klimawandel werden, benutzt du sie am besten gar nicht erst. Alternativen bietet jeder: Porzellantassen, Pizza nicht im Karton anliefern lassen und zu Papier mit dem Blauen Engel greifen. So einfach ist das.

Unterstützen Sie ROBIN WOOD www.robinwood.de/spenden oder rufen Sie uns an 848 38892-0

ROBIN WOOD **föp**

ROBIN WOOD



© Robin Wood / Greenpeace

Wo Natur verschwindet, verschwindet Leben.

Jetzt robinwood.de/Waldbrände-stoppen

ROBIN WOOD-Shop

Schöne, umweltbewusste und praktische Produkte

Unser Online-Shop dient vorrangig dem Angebot von kostenlosen Infoflyern, denn als Umweltschutzorganisation wollen wir aufklären und Wissen vermitteln, und das soll den Menschen frei zugänglich sein. Verschiedenste Falblätter zu ganz unterschiedlichen Themen kannst Du unter robinwood-shop.de bestellen, auch gerne zum Weiterreichen. Wir freuen uns immer über Spenden, aber das ist natürlich keine Bedingung dafür, dass wir Dir die Flyer schicken. Bestellen kannst Du sie hier: robinwood-shop.de/infomaterial

Daneben bieten wir Dir jedoch auch eine kleine Auswahl an Artikeln, die nicht nur schön sind, sondern auch einen Nutzen haben, indem sie informativ sind und/oder dem Ressourcenschutz dienen.

Rächer-Becher

Ein Renner im Shop ist der grüne To go-Becher, den wir seit einigen Monaten im Sortiment haben. Der Becher ist eine schicke Alternative zu Wegwerfbechern mit dem Du ein Zeichen gegen Ressourcenverschwendung und für Waldschutz setzen kannst. Er ist doppelwandig, innen und außen aus Edelstahl, in frischem Grün lackiert mit dezenter Gravur „ROBIN WOOD – Rächer der Becher!“ und fasst 350 Milliliter. Da er komplett dicht ist, kannst Du damit schwappfrei Kaffee und Tee, aber auch kühle Getränke durch die Gegend transportieren.



Zu jedem Becher bekommst Du kostenlos den Flyer „Wegwerfbecher stoppen“ und den Aufkleber „Tschüss Wegwerfbecher“ dazu. Nur befüllen musst Du ihn selber! Du bekommst ihn bei uns für 12 €.

Edelstahl-Becher



Die elegante kleine Schwester des Rächer-Bechers ist die Cappuccino-Tasse aus doppelwandigem Edelstahl. Quasi unkaputtbar schmückt sie nicht nur den Picknicktisch, sondern kann mit Karabinerhaken am Gürtel befestigt werden. Sie ist silberfarben, glanzpoliert und hat eine kleine ROBIN WOOD-Gravur. Pro Stück kostet sie 7 €.

Poster

Schön für zu Hause als Wandschmuck sind unsere Poster und Plakate. Wir haben im DIN A3-Format neun bunte Motive, die zur Ressourcenschonung motivieren, für je 2 €. Auch die Poster aus der Reihe „Tiere verschwinden“ sind sehr beeindruckend: Eisbär, Affe und Hirsch thematisieren detailgetreu menschengemachte Umweltzerstörung, ein Poster im Format DIN A2, natür-

lich auf bestem Foto-Recyclingpapier, schicken wir Dir für jeweils 2,50 € plus Porto.

Baum-Beutel

Ganz neu im Sortiment haben wir einen Beutel, den Du für kleine Einkäufe, für Aktionen oder auch zum Ausgehen tragen kannst. Es gibt ihn in schwarz und naturfarben, er ist besonders stabil aus etwas dickerer Baumwolle und mit 37 x 43 cm ein bisschen größer als übliche Beutel dieser Art und natürlich bio- und fair trade-zertifiziert. Bedruckt wurde er mit umweltschonender und veganer frisch-grüner Farbe. Für nur 12 € (10 € für ROBIN WOOD-Mitglieder) kannst Du ihn hier bestellen: robinwood-shop.de/specials



Fahne

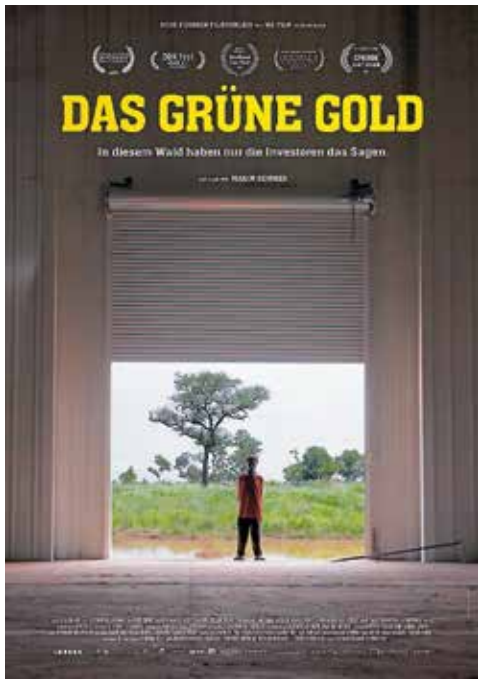
Für unterwegs geeignet und sehr demotauglich ist unsere 60x90 cm große „System change not climate change“-Fahne. Andreas von Voice Design (siehe Foto mit Flagge) hat sie mit umweltschonenden, veganen Farben bedruckt. Sie kann von Dir für 20 € geordert werden.



robinwood-shop.de

Hier findest Du alle diese schönen Sachen und noch mehr für Dich und als Geschenk für Freund*innen und Verwandte.

Ute Greiser, Öffentlichkeitsarbeit bei ROBIN WOOD



„Das grüne Gold“
 Regie: Joakim Demmer
 2016, 82 Minuten
 Neue Visionen Filmverleih

Nachdem die Wälder zu exportorientierten Anbauflächen umgewandelt wurden, bleibt der ehemaligen Waldbevölkerung nur die Möglichkeit zu einem niedrigen Lohn auf den Reisfeldern zu arbeiten



Neu auf DVD:

Das grüne Gold

Äthiopien – ein hungerndes Land wird zum globalen Getreidelieferanten

„Das grüne Gold“ ist ein Dokumentarfilm, der die sozialen und umweltpolitischen Folgen international agierender Lebensmittelkonzerne in den Mittelpunkt stellt. Die Spekulation mit Lebensmitteln ist eine Entwicklung der Neuzeit. Weltweit werden riesige Monokulturen errichtet, um ohne Rücksicht auf die dort lebenden Menschen rein exportbasierte Industrien aufzubauen. Joakim Demmer zeigt die Folgen dieses Spekulationswahns, der häufig in Landraub mündet, am Beispiel von Äthiopien.

Dort verkauft die Regierung bewaldete Flächen an internationale Konzerne, die Früchte und Getreide anbauen, die dort gar nicht beheimatet sind. In den Wäldern leben indigene Volksgruppen. Unter dem Vorwand, sie besser medizinisch zu versorgen und mit dem Versprechen auf Bildung, werden sie aus den Wäldern vertrieben. „Verdorfung“ heißt diese Politik der äthiopischen Regierung, die von der Weltbank bereits mit zwei Milliarden Dollar finanziert wurde. Nach der Vertreibung der Menschen werden die ehemaligen Lebensräume brandgerodet und in Ackerland verwandelt. Angebaut wird Reis für den Export. Die ehemaligen Waldbewohner*innen finden im Umfeld ihrer neuen Dörfer keine Arbeit. Nicht einmal Wald gibt es dort, von dem sie existieren könnten. Sie müssen nun weite Strecken zurücklegen, um auf den neu entstandenen Monokulturen Feldarbeit zu verrichten – zu Niedrigtlöhnen, von denen sie kaum leben können. Ergänzend erhalten sie Lebensmittelpenden – paradoxerweise von der Weltbank.

Vereinzelt wehren sich die Zwangsumgesiedelten und teilweise kommt es dabei zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Todesfolge. Daraufhin schickt die Regierung Soldaten, die durch die neu gebauten Dörfer ziehen und wahllos Zwangsumgesiedelte ermorden. Gleichzeitig werden die neu erbauten großen Farmen unter Armeeschutz immer weiter ausgebaut, sogar Nationalparks fallen diesem Landraub zum Opfer. Die Vertriebenen beschwerten sich bei der Weltbank und fordern die Einstellung der Zahlung von Finanzhilfen an die äthiopische Regierung. Die Weltbank ignoriert diese Beschwerden. Menschen fliehen und müssen ins Exil. Immer häufiger kommt es zu bewaffneten Aufständen, ganze Regionen werden destabilisiert. Doch die Regierung macht vollkommen gleichgültig weiter. Schließlich erbringt der Export von Reis gute Devisen. Hunger und Entrechtung der eigenen Bevölkerung zählen dagegen nicht.

Joakim Demmer lässt Verfolgte, Geflohene, Staatsbeamte und Investoren zu Wort kommen, so dass ein Panorama dieser Eskalation entsteht. Sieben Jahre hat er an der Herstellung des Filmes gearbeitet. Nur selten sieht man ein Thema so effektiv, konsequent und sachlich geschildert wie in „Das grüne Gold“. Umso wütender macht das Gezeigte.

Michael Freerix

Ein Klimaforscher lebt gefährlich

Würden Sie ein Haus an der Ostsee kaufen? Gesetzt den Fall, Sie hätten eine kleine Summe zur Verfügung und das Haus wäre ein wirkliches Schnäppchen: Würden Sie ein Haus kaufen, das nur ein kleines Stück über dem Meeresspiegel liegt? Was, wenn dieser in den nächsten 30, 50 oder 100 Jahren um genau dieses kleine Stück ansteigt? Was, wenn die pessimistischsten Klimaforscher*innen auf einmal Recht behalten würden und das Haus allein aus diesem Grund nicht von Generation zu Generation weiter vererbt werden könnte?

Volker Flosbach ist so ein Klimaforscher. „Halb Wissenschaftler, halb Prediger, in jedem Fall eine Provokation,“ so beschreibt Autor Burkhard Wetekam in seinem zweiten Ostseekrimi um Privatermittler Tom Brauer das prominente Opfer eines feigen Mordes auf dem malerischen Leuchtturm von Hiddensee. Flosbach gehe davon aus, dass der Wasserspiegel der Ostsee bis zum Jahr 2100 um zwei Meter ansteigt. Ostseebäder wie Zingst müssten früher oder später aufgegeben werden, und Flosbach in seiner polterigen Art plädiert für eine rechtzeitige, zeitnahe Aufgabe der Küstenorte. Ein Affront für alle, die dort leben, erst recht für alle, die vom Tourismus leben und so gibt es nicht nur eine*n Verdächtige*n – zumal der streitbare Forscher nicht gerade als Charmeur galt.

Burkhard Wetekam legt viele Fährten, und um die Ermittlungen entspinnen sich verschiedene Nebengeschichten, die allesamt in den Bann ziehen. Die interessanten, lebendigen Figuren und ihre Geschichten sind es, wegen derer man das Buch ungern aus der Hand legt. Nicht unbedingt, weil man dringend erfahren möchte, wer denn nun den Klimaforscher erschossen hat (obwohl die Aufklärung des Mordes auch eine ziemliche Überraschung ist). Mit seiner gesellschaftskritischen Dimension, den umweltpolitisch bedenkenswerten Thesen Flosbachs und einem Ermittler mit Schwächen, kann sich „... und am Dornbusch fällt ein Schuss“ mit skandinavischen Krimis messen. Sehr empfehlenswert als Lektüre für den Urlaub auf Hiddensee oder anderswo an der Ostsee, ein Muss für alle Fans von richtig guten Krimis – nur nicht, wenn Sie einen Hauskauf an der Küste ins Auge gefasst haben.

Sabine Genz



Burkhard Wetekam
 „... und am Dornbusch fällt ein Schuss“
 Ostsee Krimi des Hinstorff-Verlages
 368 Seiten 12,99 Euro
 ISBN: 9783356021783

Stuttgart21: abgrundtief und bodenlos

Stuttgart21 ist in dreifacher Weise einmalig: Es handelt sich um das mit Abstand größte Bauprojekt in Deutschland. Es ist das einzige Projekt, bei dem eine gigantische Summe dafür ausgegeben wird, eine bestehende Kapazität – hier diejenige des Hauptbahnhofs Stuttgart – zu verkleinern. Schließlich gibt es nirgendwo in Deutschland eine derart große, kreative Protestbewegung, die seit mehr als sieben Jahren und mit mehr als 400 Montagsdemonstrationen aktiv ist.

Stuttgart21 hat drei Bahnchefs verschlissen und die jahrzehntelange CDU-Herrschaft in Baden-Württemberg beendet. Laut Angela Merkel wird mit Stuttgart21 der Standort Deutschland verteidigt. Für das hehre Ziel »Staatsräson« werden die Gesetze der Logik, der Physik und der Geologie missachtet. Winfried Wolf hat Stuttgart21 von Anfang an publizistisch kommentiert. Er legt hier das erste Buch vor, das die gesamte Geschichte des Großprojekts ausbreitet, dessen zerstörerischen Charakter analysiert und den Bürgerprotest umfassend darstellt.

Der Autor Winfried Wolf, Dr. phil., *1949, ist Chefredakteur der Zeitschrift Lunapark21 und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac, Mitgründer vom Bündnis „Bahn für Alle“



Wolf, Winfried
 abgrundtief + bodenlos. Stuttgart21,
 sein absehbares Scheitern und die
 Kultur des Widerstands
 376 Seiten, 20 Euro
 PapyRossa Verlag, 2. aktualisierte Neu-
 aufgabe von 2018
 ISBN: 9783894386719



Vermächtnisse für die Umwelt

Foto: Rainer Sturm/pixelio.de

Das Thema Erbschaften und Vermächtnisse ist ein sensibler Bereich. Dabei haben Vermächtnisse wenig mit dem Tod und sehr viel mit dem Leben zu tun. Unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, gehört sicher zu den Visionen für die Zukunft vieler Menschen. Dieses wichtigste Erbe der Menschheit so intakt wie möglich an die nächsten Generationen weiterzureichen, dafür setzt sich ROBIN WOOD ein. Für diese

unabhängige politische Arbeit braucht unser Verein unabhängige Finanzmittel: Es sind Ihre Spenden und Gelder aus Nachlässen. Seit jeher gestalten viele Menschen weit vor ihrem Tod ihr Nachleben: Ihr Vermächtnis für ihre Kinder und Kindes- kinder, für ihre Nachbarn, FreundInnen, für die Menschen in ihrer Stadt, für die Menschen und Organisationen, die ihre Vision für die Zukunft teilen.

Lieben leichter, Ihnen die letzte Ehre zu erweisen. Mit weniger Blumen und einer Spende für ROBIN WOOD können Ihre Hinterbliebenen in die Zukunft wirken. Und Sie erhalten eine Spendenbescheinigung, wenn wir die Adresse erfahren.

Wenn Sie mehr über das Vererben wissen wollen und dabei auch etwas für den Umweltschutz tun möchten, bestellen Sie unverbindlich die Testamentsbroschüre von ROBIN WOOD „Ihr Wille ist wichtig“ bei: ROBIN WOOD e.V., Bremer Straße 3, 21073 Hamburg, Tel.: 040 380892-0.



Wenn Sie Fragen zum Thema haben, rufen Sie mich gerne an, Angelika Krumm: 03332 252010

Weniger Blumen wirken

Wenn Sie offen über Ihre Gedanken und Wünsche sprechen, fällt es Ihnen

Leserbrief:

Ich habe vorgesorgt

*Durch mein Vermächtnis möchte ich für die nachfolgenden Generationen etwas Bleibendes schaffen und gleichzeitig meinen Beitrag für die Schönheit der Natur und Schöpfung leisten. Ich würde mich freuen, wenn ganz viele Menschen sich auch der Natur gegenüber verpflichtet fühlen! Viel Erfolg!
Ganz lieben Gruß
Anna Luise*



Nummer 137/2.18

ROBIN WOOD-Magazin

Zeitschrift für Umweltschutz
und Ökologie

Erscheinungsweise vierteljährlich

Redaktion:

Tim Christensen, Sabine Genz, Angelika Krumm, Annette Littmeier, Christian Offer, Regine Richter, Dr. Christiane Weitzel (V.i.S.d.P.).

Verantwortlich für Layout, Satz, Fotos und Anzeigen ist die Redaktion.

Verlag:

ROBIN WOOD-Magazin
Bundesgeschäftsstelle
Bremer Straße 3, 21073 Hamburg

Tel.: 040 380892-0, Fax: -14
magazin@robinwood.de

Jahresabonnement:

12,- Euro inkl. Versand. Der Bezug des Magazins ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Förder*innen, die ab 50 € jährlich spenden, erhalten ein kostenloses Jahresabo.

Bestellung an:
info@robinwood.de

Gesamtherstellung:

Nordbayerischer Kurier, Bogenoffsetdruck, Auflage: 8.000. Gedruckt mit mineralölfreien Farben auf 100 % Recyclingpapier mit dem Blauen Engel.

Titelbild:

Martin Schneider/pixelio.de

Spendenkonto:

ROBIN WOOD e.V., Sozialbank Hannover
IBAN: DE 13 25120510 00084 555 00
BIC: BFS WDE 33 HAN



www.robinwood.de



anzeige 

Die beste Zukunftsanlage ist ein glückliches Leben für die Kinder.

Übliche Geldanlagen ziehen ihre Rendite aus Umweltzerstörung, Ausbeutung und Krieg. Ohne Rücksicht auf die Zukunft der Kinder und Enkel. ProSolidar verzichtet auf Rendite. Und finanziert stattdessen Einsatz für Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Frieden sowie Konzernkritik.

Es gilt das Prinzip: Leben statt Profit.

Bitte schickt mir kostenlos und unverbindlich weitere Informationen.

Ja, ich zeichne eine Einlage bei ProSolidar

- Festeinlage (ab 500 Euro) Euro
- Spareinlage (mind. 20 Euro/mtl.) Euro

Fordern Sie das kostenlose Anlage-Prospekt an!

Bitte deutlich schreiben (falls Platz nicht reicht, bitte Extrablatt beifügen)

Name, Vorname _____	Alter _____	Beruf _____
Straße, Hausnr. _____		PLZ, Ort _____
Mail _____		Telefon _____
Geldinstitut _____		Bankleitzahl bzw. BIC _____
Konto-Nr. bzw. IBAN _____		Datum, Unterschrift _____

Bitte ausschneiden und zurücksenden an: **ProSolidar** / Schweidnitzer Str. 41 / 40231 Düsseldorf
Tel. 0211 - 26 11 210 / Fax 0211 - 26 11 220 / Mail info@ProSolidar.net / www.ProSolidar.net

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Glaubgr.-ID: DE09PRO0000729847



Foto: Peter Freitag/pixelio.de

Umlage für den öffentlichen Verkehr

Freiheit, Abenteuer und die Verkehrswege, Magazin Nr. 136/1.2018

Aus dem im obigen Beitrag hervorgehobenen Satz „Der ökologische Fußabdruck korreliert mit der Höhe des Einkommens“ folgt: Nicht die Armen ruinieren das Klima, sondern die Reichen.

Ich kann mich mit der Rede von Monika Lege bis auf die Forderung nach Modellregionen zum „Nulltarif“ voll identifizieren. Öffentlicher Verkehr ist eine Dienstleistung. Diese sollte finanziert werden von denen, die sie nutzen nicht aber von allen Steuerzahlern.

Außerdem ist zu bedenken, dass öffentlicher Nulltarifverkehr zwar eine stärkere Verkehrsverlagerung zur Folge haben dürfte, aber er ist weniger geeignet, Verkehr insgesamt zu reduzieren, was ja im Sinne des Klimaschutzes anzustreben ist. Dafür sind andere Gestaltungselemente geeigneter.

Neben der Hauptaufgabe Gemeinschaftsaufgaben zu finanzieren haben Steuern und Abgaben das Potential

Entwicklungen zu beeinflussen, sprich: zu steuern. Dieses Potential für die dringend nötige Transformation auf dem Gebiet der Mobilität zu unterstützen ist angesagt. Zum Beispiel durch Entlastung des öffentlichen Verkehrs auf Kosten des Individualverkehrs. Dies kann zweckmäßigerweise durch eine Klimaschutzabgabe auf Treibstoffe, unter Berücksichtigung deren Klimarelevanz, erfolgen.

Trotz zunehmender Wahrnehmung der Folgen des Klimawandels in Form sich häufender Wetterextremen wie Temperaturrekorde, Stürme, Starkregen und Trockenperioden ist es sehr schwierig in einer autoverliebten und -fixierten Gesellschaft wie der unsrigen, einschließlich der betroffenen Industrie, Akzeptanz oder gar Zustimmung für ein Umsteuern zu erlangen. Deshalb halte ich es für wichtig, eine die Verantwortung ansprechende Bezeichnung für eine auf das Auto bezogene individualverkehrsbelastende Umlage zu gunsten des öffentlichen Verkehrs zu finden.

Mein Vorschlag: „Solidarische Klimaschutzumlage“

Bei dieser Bezeichnung ist neben dem Klimaschutz auch der langsam aus der Mode kommende Begriff „Solidarität“ sowohl auf die Gegenwarts als auch auf die Zukunft bezogen, enthalten.

Adolf Herzog

Anmerkungen zur Sache

Sehr geehrter Herr Herzog,

vielen Dank für Ihre ausführlichen Anmerkungen zu meiner Rede auf der Stuttgarter Montagsdemo. Sie haben Bedenken wegen der Forderung nach Modellregionen zum „Nulltarif“. Ich teile Ihre Bedenken: Mobilität erfordert Ressourcen und ist nicht „umsonst“ zu haben. Das Verkehrsministerium hat den höchsten Etat für Investitionen des Bundes. Diese fließen ganz überwiegend in die Infrastruktur für Autos und LKW. Der Flugverkehr wird allein durch die Befreiung von der Energiesteuer und der Mehrwertsteuer auf internationale Flüge mit zwölf Milliarden Euro jährlich subventioniert.

Für ein Umsteuern auf öffentliche und postfossile Mobilität fordern wir vor allem ein transparentes Tarifsystem und einen preiswerten öffentlichen Nah- und Fernverkehr, besonders bei der Deutschen Bahn AG. Nulltarif-Modelle sind Türöffner und ermöglichen positive Erfahrungen für den Umstieg. Sehr klug und erfolgreich ist das Wiener Modell: Das Jahresabo dort kostet 365 € oder 1 € am Tag. Mit der Senkung der Preise für das Jahresabo wurden so viele Neukund*innen gewonnen, dass das diese Einnahmen die Verluste durch die Preissenkung ausgeglichen haben.

Einsteigen und losfahren – so einfach und attraktiv muss öffentliche Mobilität sein. Deswegen fordert ROBIN WOOD einen ticketlosen ÖPV. Eine positive Perspektive sind bundesweite Mobilitätskarten oder -Apps zu rund der Hälfte der jetzigen Tarife für Zeitkarten oder BahnCards 50 und 100. Anbei finden Sie die Zeitung unseres Bündnisses Bahn für Alle für eine Verkehrswende vom Herbst 2017. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Mit freundlichen Grüßen
Monika Lege



Foto: Annika Mickel

Tour de Natur 2018

Die Umwelttour findet bereits zum 28. Mal statt und führt dieses Mal vom 21. Juli bis 4. August von Kassel über Göttingen südlich des Harzes nach Nordhausen in Thüringen, weiter nach Halle an der Saale und endet in der sächsischen Metropole Leipzig.

Thematische Schwerpunkte sind in diesem Jahr Friedenspolitik, ökologische Landwirtschaft, Energiewende und eine nachhaltige Verkehrspolitik. Zum Auftakt wird am 21. Juli in Kassel ein Friedensfest organisiert. In Witzenhausen dreht sich alles um Ökolandbau, dessen Ausbau in Deutschland eher schleppend vorangeht. Verkehrspolitische Themen stehen unter anderem in Halle (Saale) an, denn dort drohen die Autobahnplanungen der A143 wertvolle Biotopbeide der Saale zu zerstören. Schwerpunktthema der letzten Tourtage ist der Braunkohleabbau südlich von Leipzig. Die klimaschädlichste Form der Energiegewinnung führt hier zur Zerstörung gewachsener Kultur- und Naturlandschaften. Gemeinsam mit dem Klimacamp möchte die Tour de Natur ein Zeichen setzen gegen die unsinnige weitere Förderung und Verstromung von Braunkohle!

Die Etappen sind zwischen 30 und 60 km lang, mehrere Tage ohne Ortswechsel ermöglichen Workshops und Exkursionen. Übernachtet wird in Turnhallen oder im eigenen Zelt, die mobile Küche sorgt für Vollverpflegung – rein pflanzlich und aus ökologischem und möglichst regionalem Anbau.

Aktuelle Infos zur Tour de Natur gibt es auf www.tourdenatur.net oder telefonisch unter 0351 / 49 433 54. Das Mitradeln ist auch spontan und für einzelne Etappen möglich.

Ihre Hinweise sind wichtig!

Rufen Sie uns an: 040 380892-0
und schreiben Sie uns:
magazin@robinwood.de

anzeige

Nachhaltig, fair & verantwortungsvoll.

Wir sind die Ökopioniere seit 1989 mit dem Einkaufsführer für nachhaltigen Konsum und gutes Leben.

jetzt NEU:
greenya NordOst
FÜR BERLIN-BB,
MV, HH UND SH

GUTSCHEIN

Bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1.45 Porto in Briefmarken pro Buch an uns senden. Um den Gutschein per E-Mail einzulösen, mailen Sie an info@greenya.de

<input type="checkbox"/> Nord-Ost (MV, BB, HH, SH)	<input type="checkbox"/> Nordrhein-Westfalen
<input type="checkbox"/> Berlin & alle neuen Bundesländer	<input type="checkbox"/> Niedersachsen Bremen

Weitere Ausgaben sind in Vorbereitung.

greenya Verlag OHG | Lasbeker Str. 9 | 22967 Tremsbüttel
 Fon +49 (0) 4532 - 21402 | Fax +49 (0) 4532 - 22077
info@greenya.de | www.greenya.de

greenya f. Robin Wood 16.04.18

Vorschau Juli/August 2018

Floßtour 2018

Tierproduktion drastisch reduzieren!

Auch dieses Jahr wird ROBIN WOOD wieder auf dem Wasser unterwegs sein! Vom **26.7.18 bis 17.8.18** werden wir **von Hannover über den Mittellandkanal und die Weser nach Bremen** fahren.

Unterwegs wollen wir an verschiedenen Orten Halt machen, um mit Aktionen, Infoständen und Veranstaltungen auf die fatalen Folgen der Tierproduktion aufmerksam zu machen. Denn ob Tropenwaldzerstörung durch Futtermittelimporte, oder die Schädigung hiesiger Ökosysteme durch massiven Stickstoffeintrag aus Gülle und Mist – die Tierproduktion schädigt Mensch und Natur und muss drastisch reduziert werden!

Wenn Ihr Lust habt Euch an der Planung zu beteiligen, selbst mitfahren wollt, oder Ideen und Anregungen habt, schreibt uns gerne an flosstour@robinwood.de Weitere Informationen findet Ihr bald auch auf www.flosstour.de

Wir freuen uns, wenn Du mitfahren möchtest! Wende Dich bitte an flosstour@robinwood.de, oder an die ROBIN WOOD-Geschäftsstelle, Telefon: 040 3808920.

Wann und Warum:

Zeitraum 27.7. bis 19.8. (+ Abbau des Flosses)
voraussichtliche Strecke: von Hannover nach Bremen

Kontakt: flosstour@robinwood.de,
www.flosstour.de

Thema: Inhaltlich werden wir uns mit den globalen und lokalen Folgen der Tierproduktion beschäftigen.

Floßtour 2017



Foto: Pay Numrich



Foto: Monika Tege

Weniger fahren - mehr bewegen

Statt Verkehrswachstum brauchen wir die Mobilitätswende.
Denn wir haben keinen Planeten B im Kofferraum.

Ich kämpfe mit für saubere Luft und die Mobilitätswende!

Ich brauche nur
eine Briefmarke und
einen Briefumschlag.

Bitte senden Sie mir:

- _____ Exemplare dieses Magazins
- _____ Exemplare des Planet B-Aktionskärtchens (s. S. 16)

ROBIN WOOD e.V.
Holger Harms
Bremer Str. 3

21073 Hamburg

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Datum, Unterschrift



Foto: Jürgen Mumme

Wir lassen
unseren Planeten
nicht hängen!

www.robinwood.de